

Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat»

AZB 5332 Rekingen Werbepreis Fr. 3.- / Jahresabo Fr. 45.- Erscheint monatlich Nr. 2 Februar 2000 35. Jahrgang

Démocrate  **Suisse**
Pages 13-15

Bessere Familienpolitik dringend!

Ein Blick auf die demografische Lage der Schweiz



Dr. med.
Jean-Jacques
Hegg,
a. Nationalrat,
Dübendorf

Das Problem der bevölkerungsmässigen Überfremdung hat zwei Gesichter. Das eine, gewiss, bildet die andauernd grosse Zahl von Einwanderern. Es wird politisch eifrig und schon lange thematisiert, ist ständiges Streitgespräch an den Stammtischen und heizt die Emotionen der Bürgerinnen und Bürger an. Das andere ist die Tatsache, dass die Einheimischen nur noch wenige Kinder haben. Dieses wird kaum je erwähnt, in Freud'scher Manier verdrängt, verschwiegen und politisch fast völlig vernachlässigt! Es ist höchste Zeit, sich auch einmal mit dieser anderen Seite des Problems auseinander zu setzen. Rohe Zahlen der Geburten sagen wenig aus über den demografischen Zustand eines Volkes oder einer Bevölkerung. Schon etwas aussagekräftiger ist die Geburtenziffer in Prozent der Gesamtbevölkerung. Aber auch sie ist sehr ungenau, weil die Völker eine sehr ungleiche Altersstruktur aufweisen. Alte Leute können keine Kinder mehr kriegen, es ist deshalb nicht sinnvoll, sie in die Berechnung der Geburtenhäufigkeit einzubeziehen. Echte Messgrössen für die Natalität sind die Fruchtbarkeitsrate, auch als Rate der Gesamtfruchtbarkeit bezeichnet, und der so genannte Netto-reproduktionsindex. Die Fruchtbarkeitsrate zeigt an, wievielen

Kindern die einzelne Frau einer Bevölkerung durchschnittlich im Laufe ihres gesamten Lebens das Leben schenkt. Der Netto-reproduktionsindex drückt aus, in welchem Masse eine Bevölkerung durch Geburten wieder ersetzt wird. Zum Bevölkerungersatz, zur so genannten Erhaltung der Volkssubstanz, ist ein Netto-reproduktionsindex von genau 1.0 nötig. Das entspricht unter Annahme einer europäischen Sterblichkeitsziffer einer Fruchtbarkeitsrate von ungefähr 2.2. Ist der Index tiefer, stirbt die betreffende Bevölkerung aus, ist er höher, wächst sie. Die statistischen Jahrbücher, z.B. dasjenige der UNO, publizieren die Angaben über die Natalität der Völker im Allgemeinen als Fruchtbarkeitsraten.

Geburtenhäufigkeit der Schweiz und des übrigen Europa

Fast alle europäischen Völker haben heute Fruchtbarkeitsraten von klar unter 2.2, sterben also aus, und zwar ist dieser Tatbestand schon seit einiger Zeit so. Die absolut tiefsten Ziffern weisen südeuropäische Völker auf, Italien und Spanien. Man darf das aber nicht unbedingt so deuten, dass die Südeuropäerinnen die kleinsten Geburtenzahlen aufweisen. Es ist zu vermuten, dass diese Länder am wenigsten Einwanderer aufnehmen und deshalb so tiefe Ziffern aufweisen. Einwanderinnen haben nämlich überdurchschnittlich viele Kinder und polieren so die Geburtenraten der mittel- und nord-europäischen Länder etwas auf. Die Schweiz hat zur Zeit eine Gesamtfruchtbarkeitsrate von ungefähr 1.4; betrachtet man ausschliesslich die Bevölkerung mit schweizerischem Bürgerrecht, so kommt man auf einen Wert von 1.2; für die in der Schweiz ansässigen Ausländerinnen ergibt sich ungefähr die Zahl 1.7. Die in der Schweiz bereits ansässige ausländische Wohnbevölkerung stirbt also ebenfalls aus, nicht nur die Schweizer, auch wenn deren Geburtenrate leicht höher ist. Für die Schweizer allein ergibt sich ein Bevölkerungsschwund von rund einem Drittel pro Generation. Dass sich dies statistisch – vorläufig! – kaum stärker bemerkbar macht,

Referendum gegen die Bilateralen EU-Verträge zustande gekommen!

Trotz Kälte, Schnee, Regen, Wind und Feiertagen waren wir erfolgreich: Wir danken allen, die in den letzten Wochen mitgeholfen haben, rund 70'000 Unterschriften gegen die Bilateralen Verträge mit der EU zusammenzutragen. Dies ist eine grosse Leistung der Schweizer Demokraten und beweist, dass die SD weiterhin eine starke politische Kraft sind, die jederzeit referendumsfähig ist!

Rudolf Keller, Bernhard Hess, Hans Steffen

Abstimmung 21. Mai 2000: Nein zu den Bilateralen EU-Verträgen!



ist auf die grosse Zahl von Einbürgerungen zurückzuführen, aber auch auf die Erhöhung der Lebenserwartung mit der Zunahme der Zahl von alten Leuten. Leute über 90 sind heute die am schnellsten wachsende Altersgruppe! Wenn wir etwas weiter in die Zukunft blicken, sind Schwierigkeiten zu erwarten: einerseits Schwierigkeiten mit der AHV, in der Politik oft erwähnt, Schwierigkeiten aber auch mit einem Arbeitskräftemangel, weil die nachwachsende Generation kleiner ist als die in Pension gehende. Schrumpfung um einen Drittel pro Generation ist kein Pappentier! Dieser demografische Tatbestand dient ja auch den Einwanderungsbefürwortern als Rechtfertigung! Da aber die verwandten europäischen Völker fast alle vor einer ähnlichen demografischen Situation stehen, werden von dort inskünftig kaum mehr Einwanderer «erhältlich» sein. Sie werden vorzugsweise aus Übersee

kommen. Das eingeborene Volk wird also durch eine afro-asiatische Mischbevölkerung ersetzt werden.

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 3 Leben und Umwelt
- 5 Keine Quotenfrauen in die Bundesbehörden
- 6 Das muss noch gesagt werden
- 7 WTO – Zuchtmeister der Globalisierung
- 8 Veranstaltungskalender Aus den Kantonen
- 11 Die Selbstentlarvung der EUnionisten
- 11/12 Der Leser hat das Wort

SD-Zentral- sekretariat:

Wir haben ab sofort neue Nummern:

Telefon 031 974 20 10

Telefax 031 974 20 11

Neue E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Bessere Familienpolitik dringend!

Fortsetzung von Seite 1

Im Dilemma

Ein anderer Blick in die Zukunft ist aber auch von Nöten: die Einwanderung führt zu einem andauernden Bevölkerungswachstum, jedenfalls in der Dosierung, wie sie tatsächlich stattfindet. Irgend einmal wird die Bevölkerungsdichte an eine ökologische Grenze stossen, an einen Plafond der Überlebensfähigkeit! Wir stecken also in einem echten Dilemma! Wichtig wäre eine zahlenmässige Bevölkerungsstabilisierung, und die ist nur zu haben mit einer harmonischen, ausgeglichenen Bevölkerungsentwicklung, bei der alle Generationen ungefähr gleich gross sind! Zwischenbemerkung: die hatten wir, bevor eine Masseneinwanderung das ganze System durcheinanderbrachte. Wir hören noch heute das schwachsinnige Argument: «die Fremdarbeiter bezahlen uns die AHV». Als würden Ausländer nicht auch alt!

Um uns Schwierigkeiten in der Zukunft zu ersparen oder wenigstens herabzumildern, kommen wir in jedem Fall nicht um eine Anhebung der Geburtenzahl herum! Um dies politisch bewerkstelligen zu können, braucht es zunächst eine Ursachenanalyse.

Es liegt nahe, die tiefe Geburtenzahl damit erklären zu wollen, die Empfängnisverhütung und die Schwangerschaftsabbrüche würden zu häufig angewendet. Der Ersatz vieler Ehen durch unverbindliche Konkubinatsverhältnisse mag dabei auch eine Rolle spielen. Aber leider liegen die Dinge nicht so einfach! Fragt man junge Frauen nach Art der Marktforschung, wie viele Kinder sie sich wünschen, so kommt nämlich im Durchschnitt eine durchaus vernünftige Zahl heraus, die unser Überleben als Volk an sich gewährleisten würde. Erst bei der Realisierung hapert es. Anscheinend überlegen es sich die Frauen später anders. Aber nur anscheinend, denn die Sprechzimmer der Frauenärzte sind voll von Patientinnen, die sich ein Kind wünschen, aber nicht schwanger werden. Unter europäischen Verhältnissen rechnet man mit 10–15% ungewollt kinderlosen Paaren.

Kaum je erwähnte Folge der Umweltverschmutzung

Das ist ja auch der Grund für die immer grössere Ausbreitung medizintechnischer Fortpflanzungshilfen! Tatsächlich lässt sich medizinisch nachweisen, dass die natürliche Fruchtbarkeit, also abgesehen von der Geburtenkontrolle, abnimmt. Ein Teil ist wohl dadurch bedingt, dass die Frauen ihren Kinderwunsch immer länger hinauschieben. Der Gipfelpunkt der

Fruchtbarkeit liegt bei Europäerinnen bei 24 Jahren, was die meisten nicht wissen. Nachher sinkt sie, zuerst langsam, dann immer rascher, um so zwischen 35 und 42 fast den Nullwert zu erreichen. Aber das ist nicht alles. Es lässt sich nachweisen, dass die Samenqualität der europäischen Männer immer schlechter wird. Die Zahl der missgebildeten Zellen nimmt zu, und die Zahl der normal beweglichen und geformten pro Milliliter Samenflüssigkeit nimmt ab. Im Vergleich zu den Dreissigerjahren des vergangenen Jahrhunderts ist die Samenfädenzahl von rund 113 Millionen pro ml auf knapp die Hälfte abgesunken. Gleichzeitig ging das durchschnittliche Volumen des männlichen Ejakulats von 3,5 auf heute 2,75 ml zurück.

Man muss annehmen, dass die Umweltverschmutzung dies bewirkt hat. Besonders an Schwermetalle wie Blei, Quecksilber und Kadmium ist zu denken, aber auch an Industriechemikalien, Pestizide, Dioxine und Kunststoffe sowie selbstverständlich radioaktive Substanzen. Solche Verunreinigungen der Umwelt beeinflussen das endokrine System und die Hormonausschüttungen. Aber auch bestimmte Medikamente sowie Suchtmittel wie Cannabis, Kokain, Tabak und Alkohol, Schönheitsmittel und Dopingsubstanzen, chemisch den Geschlechtshormonen nahe verwandt, stehen im Verdacht! Es ist anzunehmen, dass auch die weibliche Fruchtbarkeit, nicht so genau überprüfbar wie die männliche, durch diese Dinge beeinträchtigt wird. Bezeichnend in diesem Zusammenhang ist der Befund, dass das einzige europäische Volk, das zur Zeit nicht auf dem Aussterbeetat steht, das isländische ist. Offenbar ist diese Insel noch nicht so stark verschmutzt wie das übrige Europa!

Schliesslich sind so genannte psychosomatische Einflüsse, also seelische Einwirkungen zu vermuten. Man kennt sie von Tierexperimenten: hält man Säugetiere, z.B. Kaninchen, Ratten oder Mäuse, auf engem Raum, d.h. zu zahlreich in zu kleinen Gehegen oder Käfigen, werden die Weibchen plötzlich unfruchtbar. Man kann darin einen sinnvollen Überlebensmechanismus erblicken: die Übervölkerungssituation wird so bekämpft. Man muss annehmen, dass solche Mechanismen auch beim Menschen spielen: der so genannte Dichtestress, die Übervölkerungstickluft (Friedrich Nietzsche), die sich in Europa breit macht und zu einem Gefühl führt, man stehe sich bald überall auf den Hühneraugen herum, senkt die Fruchtbarkeit.

Technische Fortpflanzungshilfen

Die schon erwähnten medizintechnischen Fortpflanzungshilfen bilden keinen echten Ausweg aus diesem Dilemma, schon aus quantitativ-massenstatistischen Gründen.

Sie umfassen im Wesentlichen die so genannte In-Vitro-Fertilisation (IVF, Besamung im Reagenzglas) und die intracytoplasmatische Sameninjektion (ICSI). Bei der IVF werden die gereiften Eizellen, die man mit einem Anstechen der Eierstöcke in der richtigen Zyklusphase mittels Hohlzylinder durch Aasaugen gewonnen hat, im Reagenzglas mit der Samenflüssigkeit zusammengebracht. Die entstehenden Embryonen werden einige Tage in einer Nährflüssigkeit gehalten, damit sie sich entwickeln. Bei der ICSI geht die Unterstützung des Befruchtungsvorganges einen Schritt weiter: mit einer ganz feinen Nadel wird eine als besonders gesund erachtete Samenzelle in die Eizelle injiziert. In beiden Fällen müssen die sich entwickelnden Embryonen anschliessend in die medikamentös-hormonell vorbereitete Gebärmutter eingespritzt werden, so genannter Embryo-Transfer.

Die Befruchtungshilfen sind mit Nachteilen und Komplikationen verbunden. Erstens gelingt die Schwängerung gewöhnlich nicht im ersten Anlauf. Es müssen also «Reserveembryonen» für weitere Versuche bereitgestellt werden. Sie werden in der Zwischenzeit tiefgefroren. Tritt eine Schwangerschaft ein, werden sie «überflüssig». Man vernichtet sie direkt oder verwendet sie noch zuerst für die Forschung. Nach einer neueren Methode kann man nun allerdings auch so genannte imprägnierte Eizellen tiefgefrieren, das sind reife Eizellen, in die der Samen soeben eingedrungen ist, ohne dass der Vorgang der Befruchtung schon vollzogen wäre.

Die Methode hat auch den Nachteil, dass häufig Mehrlingsschwangerschaften entstehen; denn um einigermassen Erfolg zu haben, müssen jeweils mehrere Embryonen «transferiert» werden. Da nicht jede bisher unfruchtbare Frau gleich Zwillinge oder noch mehr Kinder auf einmal wünscht, aber auch wegen Gefährdung der Schwangerschaft, tötet man dann die überzähligen Föten, so genannter «Fötizid».

Die Methode ist aufwändig und – wie man sich leicht vorstellen kann! – entsprechend auch teuer, mindestens 20'000 Franken für einen erfolgreichen Versuch. Man spricht davon, sie in die Leistungen der Grundversicherung der Krankenkassen aufzunehmen, indem man ernsthaft diskutiert, die Unfruchtbarkeit sei doch eine Krankheit. Das würde noch einmal einen Prämienschub bedeuten! Wenn wir daran denken, dass die Last der steigenden Krankenkassenprämien gerade die kinderreichen Familien in finanzielle Bedrängnis bringt, so dass manche Familie schon nur deshalb auf ein weiteres Kind verzichtet, wird die paradoxe Situation sichtbar: da sollen einige wenige Luxusschwangerschaften durch die erhöhten Prämien für

Kinder in gesunden Familien finanziert werden!

Der Forderungskatalog

Was ist zu tun? Weil das Problem sehr komplex ist, muss ein ganzer Massnahmenkatalog zu seiner Bewältigung verwirklicht werden:

1. Besserer Umweltschutz
2. Ergänzung des Sexualkundeunterrichts an den Volksschulen. Der bereits bestehende Unterricht darf sich nicht auf die Verantwortung von Fragen wie Empfängnisverhütung, ungewollte Schwangerschaft, Abtreibung, Geschlechtskrankheiten usw. beschränken, sondern hat sich auch auf solche wie unfreiwillige Kinderlosigkeit, Entwicklung der weiblichen Fruchtbarkeit im Laufe des Lebens und Demografie zu beziehen.
3. Dreikinderfamilie als Prinzip und Ziel. Drei Kinder sind nötig, um die gewollte oder ungewollte Unfruchtbarkeit einzelner Personen und Paare, mit der immer zu rechnen sein wird, auszugleichen. Dazu muss die Familienpolitik wesentlich verbessert werden. Die Kinderzulagen sind zu erhöhen. Sie sind keine Almosen, sondern ein gerechter Lastenausgleich zwischen Kinderlosen und Familien mit Kindern. Dieser Ausgleich hat z.B. ebenfalls zwischen reichen Alleinstehenden und verhältnismässig wohlhabenden kinderreichen Familien zu funktionieren. Die Höhe der bestehenden Kinderzulagen reichen bei Weitem nicht aus, um die Kosten, die durch das Kinderhaben entstehen, zu decken. Selbstverständlich ist auch das ganze Steuersystem entsprechend zu gestalten. Dazu sind weiter eine Mutterschaftsversicherung oder gesetzliche Geburtszulagen zu fordern. Die Ablehnung der letzten Mutterschaftsversicherungsvorlage durch den Schweizer Souverän war ein Schnitt ins eigene Fleisch. Kleinliche Erwägungen, Ausländer könnten zu stark profitieren, müssen überwunden werden. In der Schweiz bereits ansässige Ausländer haben keine übertrieben grosse Geburtenziffer und die massive Überforderung der unteren Volksschulklassen ist nicht so zu erklären, sondern damit, dass die Schweizer eben wenig Kinder haben und viele Kinder zusammen mit ihren Eltern in die Schweiz einwandern!
4. Lösung der sozialen Probleme, die durch die Doppelbelastung der Mütter durch Beruf und Kinderkriegen entstehen. Zu überlegen wäre etwa die Einführung einer «Babypausenversicherung». Werdende Mütter könnten damit vorübergehend aus dem Beruf aussteigen, ihre drei Kinder zur Welt bringen, und wenn diese «zum Größten heraus» wären, wie man zu sagen pflegt, wieder in den Beruf einsteigen. Die Vorstellung, Mütter hätten aus Prinzip zu Hause zu bleiben und auf ihre Kinder zu schauen, ist unter den modernen sozialen Be-

dingungen einfach nicht mehr realisierbar. Erstens reicht der Lohn eines einzigen Verdieneren schon für den Mittelstand kaum mehr aus für die Ernährung einer fünfköpfigen Familie. Zweitens vermögen mit der gestiegenen Lebenserwartung einerseits, den abgesunkenen Kinderzahlen andererseits die Mutterpflichten allein das Leben heutiger Frauen nicht mehr zu erfüllen.

5. Medizintechnische Fortpflanzungshilfen dürfen nicht in den Katalog der Pflichtleistungen der Grundversicherung der Krankenkassen aufgenommen werden.

6. Die Abtreibung muss strafbar bleiben. Die zeitgenössischen Bestrebungen Richtung so genannte «Fristenlösung» sind abzulehnen.

7. Ausgeglichene Migrationsbilanz. Das bedeutet nicht Einwanderungsrate null; aber die Zahl der Einwanderer darf die Zahl der Auswanderer und Rückkehrer in ihre Heimat nicht übersteigen.

Literatur:

Auger, J. und Mitarb.: Decline in semen quality among fertile men in Paris during the past 20 years; New Engl. J. Med. 332: 281-285 (1995)

Mykotowyz R. und Fullagar, P. J.: Effect of Social Environment on Reproduction in the Rabbit *Oryctolagus Cuniculus*; J. Reprod. Fert. Suppl. 19: 503-552 (1973)

105) Schlumpf, M. und Lichtensteiger, W. (Hrsg.): Sinkt die Fertilität? Kind und Umwelt Bd. 4; Zürich 1996

106) Sherins, J. R. : Are semen quality and male fertility changing? New Engl. J. Med. 332, 327 (1995)

42) Wasser, Samuel K. und Barash, David P. : Reproductive Suppression among Female Mammals; Quart. Rev. Biol. 58: 513-538 (1983)

43) Wasser, Samuel K. : Infertility, Abortion and Biotechnology in: Human Nature, Interdisciplin. Biosoc. Perspective Hawthorne New York 1: 2-24 (1990)



Eine Schulklasse hilft bei der Pflege des kranken Waldes.

(WVS/EFAG)



1999, ein Jahr der Klimakatastrophen

Das vergangene Jahr war für die Schweiz ein Jahr der Naturkatastrophen oder Zivilisationskatastrophen, wie aufgeklärte Mitbürger lieber sagen: im Winter die Lawenniedergänge, im Sommer Überschwemmungen und am 26. Dezember schliesslich ein orkanartiger Gewittersturm, der eine grössere Menge Holz zu Boden warf als alle ähnlichen Naturereignisse zuvor, seit es eine regelmässige amtliche Beobachtung solcher Ereignisse gibt, nämlich über 11 Millionen Kubikmeter! Das ist der Holzschlag mehrerer Jahre, wenn man von einer nachhaltigen Nutzung der Wälder ausgeht.

Sofort waren die Bagatellisierer zur Stelle mit der Behauptung, die Häufung dieser Natur- oder eben Zivilisationskatastrophen – wie die Leute sich ausdrücken, die glauben, es sei nicht einfach «die Natur», die sich so verhalte, sondern eine Folge zivilisatorischer Einflüsse der Menschen auf die Natur – habe dann nichts zu tun mit dem Treibhauseffekt und der weltweiten Klimaerwärmung. Sie sei «Zufall». Man kann ihnen insoweit zustimmen, als die Ursachen wohl kaum nur in weltweiten, «globa-

len» Vorgängen zu suchen sind, sondern dass es auch örtliche, regionale Einflüsse gibt. Aber dass die Häufung nur zufällig sei, so kann nur ein oberflächlich denkender Mensch glauben. Damit ist aber auch unsere nationale Politik gefordert! Wurden Fehler gemacht? Ist dies der Beginn einer Umweltzerstörung, welche unsere Berge unbewohnbar machen wird? Die Klimaerwärmung in unserer Gegend ist ein gesicherter Tatbestand. Das wird schon durch die andauernde Schrumpfung der Gletscher, auch durch die schneeärmeren Winter bewiesen. Sie hat vermutlich nicht nur globale, sondern auch kontinentale Ursachen: die Überbevölkerung der Schweiz samt Mitteleuropa. Es ist z.B. bekannt, dass die ständig wachsende Siedlungsdichte wegen der Zunahme des überbauten Landes zur Bodenversiegelung führt, die ihrerseits Überschwemmungen wahrscheinlicher macht. Auch die Luftverschmutzung verteilt sich nicht automatisch gleichmässig über den Erdball, sondern ist in dichter besiedelten Zonen grösser. Wieviel Holz ein Sturm wirft, hängt nicht nur von der Windstärke der

Böen ab, sondern auch von der Widerstandskraft und Vitalität der Bäume. Nun hat die Überbevölkerungssituation auch einen direkten Einfluss auf den Wald, was ich schon anlässlich der «Waldsterbediskussion» angemahnt habe. Die Zahl der Waldgänger, die den Wald für ihre Erholung und einen weiten Strauss von Freizeitaktivitäten benötigen, steigt an. Immer mehr Spaziergänger, Pilzsammler, Orientierungsläufer, Pfadfinder, Bergsteiger, Snowboarder, Variantenskifahrer, Mountainbiker, Rad- und Motorradfahrer, Rollbrettfahrer- und Rollschuhläufer benötigen ihn. Damit soll nichts gegen diese Sportarten gesagt sein, aber der Wald erträgt sie nur bis zu einem gewissen Plafond.

Weitere Einflüsse sind zu erwähnen. Immer mehr Waldwege werden angelegt, z. T. werden sie geteert, um die Bewirtschaftung zu erleichtern. Zur Rationalisierung der Holzwirtschaft wird zunehmend mit schweren Maschinen gearbeitet, mit Motorsägen, Traxen und Traktoren, die den Waldboden verdichten, Oel verlieren und so den Boden neben dem sauren Regen zusätzlich verschmutzen! Unkraut- und Schädlingsvertil-

gungsmittel aus einer chemisierten Landwirtschaft kommen hinzu. Schliesslich wurden sicher auch forstwirtschaftliche Fehler gemacht. Um den Holztertrag zu maximieren, wurden vorwiegend schnell wachsende Baumarten gepflanzt, wenn möglich noch in Monokulturen. Wo sind die Eichen geblieben? Sie waren früher zahlreicher. Zwar wachsen sie langsamer, sind aber kräftiger und robuster.

Der langen Rede kurzer Sinn: ökologische Probleme sind kaum je auf eine einfache, lineare Ursache-Wirkungsbeziehung zu reduzieren, jene sicheren «Beweise», die naive Bürger fordern, bevor politische Massnahmen ergriffen werden. Ökologische Zusammenhänge bilden ein Geflecht von Teilursachen und Wechselbeziehungen, positiven und negativen Rückkopplungskreisen, über die kaum je eine vollständige wissenschaftliche Übersicht zu gewinnen ist. Es sind eben Systeme, Ökosysteme! Will man auf die erwähnten «Beweise» warten, ist es meistens zu spät, um zu handeln. Der Schaden nimmt seinen Fortgang. Wegen den grossen Latenzen (Wirkungsverzögerungen) kommen die Eingriffe zu spät!

J. J. H.

Tokaimura – schlimmster Atomunfall seit Tschernobyl

Wieder einmal der «Faktor Mensch»! Nur 100 Kilometer von Tokio entfernt kam es während 17 Stunden zum grössten atomaren Unfall in der Geschichte Japans. In Missachtung jeglicher Sicherheitsbestimmungen schütteten schlecht ausgebildete Arbeiter hochangereichertes Uran in ein Gefäss mit Salpetersäure, worauf es zu einer unkontrollierten Kettenreaktion kam. Die Arbeiter und zahlreiche Helfer – insgesamt 69 Personen – wurden schwer verstrahlt. 310'000

Menschen im Umkreis von 10 km durften ihre Wohnungen nicht mehr verlassen und wurden starker Gamma-Bestrahlung ausgesetzt. Wie schon in Three Mile Island oder in Tschernobyl wollten die Verantwortlichen zuerst nicht wahrhaben, dass ein Unfall passiert war. Die Bevölkerung wurde viel zu spät informiert und evakuiert. Die japanischen Behörden waren völlig hilflos und riefen Spezialisten der amerikanischen Armee zu Hilfe...

Luchs – Tier des Jahres 2000

Pro Natura erklärt den Luchs zum Tier des Jahres 2000. Sie stellt den 1999 todgeweihten Luchs TITO in den Mittelpunkt einer ungewöhnlichen Kampagne. Gleichzeitig durchquert ein Ausstellungs-«RaubZug» das Luchsland Schweiz. Prominente Schweizerinnen und Schweizer unterstützen die Pro Natura Kampagne.

Vom Todeskandidaten zum Medienstar: Der junge Luchs TITO entrann im Sommer 1999 dem (be-willigten) Abschuss als angeblicher «Schafspezialist». TITO lebt heute im Berner Oberland. Seit dem 25. Januar 2000 können alle Interessierten seiner Fährte folgen. Pro Natura zeigt wöchentlich im Internet den aktuellen Standort von TITO und einen Ausschnitt aus dem täglichen Leben des jungen Luchsmännchens (auf www.pronatura.ch).

TITOS Menü online

«Die ganze Schweiz kann jetzt TITOs Schicksal mitverfolgen und sich ein eigenes Bild davon ma-

chsen in der Schweiz 1971 stark für die Raubkatze. Pro Natura bezahlte unter anderem bis 1988 alle Luchsschäden an Haustieren aus der eigenen Tasche.

Ziel: Luchse im ganzen Alpenraum

Der Luchs ist in der Schweiz noch nicht über den Berg – sowohl buchstäblich wie im übertragenen Sinn. Pro Natura will erreichen, dass Luchse wieder im ganzen Alpenraum eine Heimat finden. Nur so sei gewährleistet, dass die grosse Raubkatze unserer Wälder langfristig in gesunden Beständen überlebt.

Pro Natura setzt auf sachliche, spannende Information über den Luchs, um diesem Ziel näherzukommen. «Wer den Luchs wirklich kennt, wird Ja sagen zu nötigen Umsiedlungen und sich glücklich schätzen, dass in unserem Land ein so faszinierendes Raubtier lebt», ist Kessler überzeugt. Die Naturschutzorganisation will insbesondere in Regionen aktiver werden, wo heute schon Luchse leben oder

Ernährung in der Schweiz von heute und im Zweiten Weltkrieg

In Michelin-Stern-Restaurants vollgefressene «Junghistoriker» machen im «Bergier-Bericht» ihren Grossvätern Vorwürfe, sie hätten im Zweiten Weltkrieg zu wenig Flüchtlinge aufgenommen. Im Sin-

ne eines Zurechtrückens einer solchen «Geschichtsschreibung» mit Fakten einige Zahlen zur Ernährungslage der Schweizer im Zweiten Weltkrieg und heute:

Rationierung von 1943 im Vergleich zum heutigen Konsum

Tagesration pro Kopf	1943 ¹	heute ²
Fleisch	45 Gramm	158.1 Gramm
Teigwaren	8 Gramm	174.5 Gramm
Reis	8 Gramm	13.2 Gramm
Zucker	16 Gramm	118.0 Gramm
Käse	13 Gramm	36.4 Gramm
Speisefett und Oele	18 Gramm	60.8 Gramm

Quellen: ¹Willy Gautschi, «General Guisan», S. 617; ²Vierter Schweiz. Ernährungsbericht, Hrsg. BAG

Petition an den Bundesrat

Was in der EU mit den Schlachttieren passiert, ist menschenunwürdig. Wollte man das Grauen in den Mastbetrieben, auf den Viehmärkten und in den Tiertransporten beschreiben, müsste man zuerst die Worte erfinden! Ein derart sadistischer Umgang mit Tieren ist in der Schweiz nicht erlaubt. In der Schweiz haben Bauern noch Achtung vor den Tieren.

260 Millionen Schlachttiere werden jedes Jahr kreuz und quer durch Europa gekarrt. Was das an Qualen und Schrecken für diese Tiere bedeutet, das kann sich der normale Mensch überhaupt nicht vorstellen. Der Profit allein bestimmt die Länge der Reise. Für Geld ist kein Weg zu lang, kein Transport zu grauenvoll. 38, 40, 42 Stunden ohne Nahrung, ohne Wasser. Statt Wasser bekommen die Tiere Elektroschocks. Gebrochene Glieder, ausgeschlagene Augen, abgerissene Ohren, abgebrochene Hörner, zerschmetterte Rückgrate und Hüftgelenke sind «übliche» Transport- und Verladeschäden: «Lappalien» im Jargon der Spediteure. Die zynische Devise der EU-Verantwortlichen: «Lebendtransport ist billiger, als die Tiere im nächstgelegenen Schlachthof zu schlachten und ihr Fleisch in Kühlwagen zu befördern!»

Den Fleischkonsum können wir nicht verbieten. Aber mit geballter Energie und nie erlahmendem Durchhaltewillen können wir den Fluch der grauenvollen Lebendtransporte aus der Welt schaffen.

Wir Schweizer haben einen besonderen Trumpf in der Hand. Als Nichtmitglied der EU kann unser Land einen richtungsweisenden Einfluss ausüben. Es kann die Fleischimporte aus der EU kurzerhand verbieten – bis die unmenschlichen Transporte aufhören. Deshalb fordern die Unterzeichneten den Bundesrat auf, angesichts der totalen Gleichgültigkeit der EU-Behörden gegenüber den Leiden der Schlachttiere, wie auch gegenüber den Protesten der europäischen Öffentlichkeit, die Einfuhr von Fleisch und Fleischerzeugnissen aus der EU solange zu unterbinden, bis die kriminellen Lebendtransporte aufhören. **Verlangen Sie Petitionslisten und senden Sie (auch teilweise) ausgefüllte Listen an unsere Adresse: Fondation Franz Weber, case postale, 1820 Montreux. Termin der Petition: 30. März 2000**



Etwa 100 Luchse leben heute in der Schweiz. (Foto: Eric Drageso)

chen, wie unsere Luchse wirklich leben», erklärt Rico Kessler, bei Pro Natura verantwortlich für das ungewöhnliche Internet-Projekt. TITO trägt ein Sendehalsband. Er wird regelmässig von Spezialisten der Koordinierten Forschungsprojekte zur Erhaltung und zum Management der Raubtiere in der Schweiz im Auftrag von Pro Natura gepeilt. Digital aufgenommene Bilder zeigen seinen Lebensraum, seine Beute, seine Spuren – mit Glück vielleicht auch einmal TITO selber. Pro Natura ermöglicht im Internet nicht nur packende Einblicke in den Alltag von TITO, sondern vermittelt auch Basiswissen über den Luchs. Die private Naturschutzorganisation macht sich seit der Wiederansiedlung des

bald angesiedelt werden: Wir stehen klar zum Luchs, betreiben aber keine Schönfärberei. Den Einfluss der Luchse auf Jagdwildbestände oder Probleme mit Haus-tierrissen greifen wir sachlich und ernsthaft auf.»

Promis und «RaubZug»

Vom 10. März 2000 an wird ein Ausstellungs-«RaubZug» von Pro Natura auf 15 Bahnhöfen im Alpenraum Station machen. Schul-klassen und Familien können darin aktuell und spielerisch Luchs, Bär und Wolf kennenlernen. Die Ausstellung findet in vier ausgedienten Postwaggons statt und ist zweisprachig (d/f).

Pro Natura



Aus: Umweltfaktoren Buwal

Keine Quotenfrauen in die Bundesbehörden!



Lydia Riesen,
SD-Stadträtin,
Bern

Die Volksinitiative «Für eine gerechte Vertretung der Frauen in den Bundesbehörden (Initiative 3. März)» fordert, dass in Artikel 3 Absatz 2 der Bundesverfassung der Grundsatz verankert wird, wonach die Frauen in sämtlichen Bundesbehörden angemessen vertreten sein sollen. Sie regelt zudem die Zusammensetzung der Bundesbehörden nach diesem Grundsatz.

Gemäss dieser Volksinitiative dürfte bei einer allfälligen Annahme die Differenz zwischen der Zahl der Frauen und derjenigen der Männer, die in einem Kanton in den Nationalrat gewählt werden, nicht mehr als eins betragen. Jeder Vollkanton müsste überdies sowohl eine Frau als auch einen Mann in den Ständerat wählen. Die Halbkantone wären hingegen frei

in ihrer Wahl eines Mannes oder einer Frau. Im Bundesrat müssten mindestens drei Mitglieder Frauen sein. Darüberhinaus hätte der Frauenanteil im Bundesgericht mindestens 40 Prozent zu betragen. Schliesslich würde es dem Gesetzgeber obliegen, für eine ausgewogene Vertretung der Frauen beim Verwaltungspersonal zu sorgen.

Von grosser politischer Tragweite

Es ist völlig unbestritten, dass in den politischen Gremien des Bundes, der Kantone und der Gemeinden der Anteil der Frauen zu gering ist. Doch mit der immer wieder gehörten Begründung, die Dominanz der Männer, beispielsweise in den Parteien, würde einen grösseren Anteil verhindern, macht man es sich doch zu einfach. Das Problem der Untervertretung der Frauen sitzt viel tiefer und ist vor allem vielschichtiger.

Wie sieht denn heute die politische Praxis aus? Jedes Parteigremium – ob Ortssektion oder eine Kantonalpartei, ob SP oder SD – kennt im Vorfeld von Wahlen den steinigen Weg der Kandidatensuche aus eigener leidvoller Erfahrung. Bereits heute ist es nachgerade schon

schwierig, überhaupt nur eine Liste mit einigermaßen fähigen Leuten füllen zu können: Immer weniger Männer sind bereit, ein politisches Amt zu übernehmen. Und auch viele Frauen zeigen immer weniger Lust, sich in der Politik zu engagieren. Soll nun diese Situation zusätzlich verschärft werden, indem mindestens die Hälfte der Listenplätze mit Frauen gefüllt sein müssten?

Praktisch kaum erträglich umsetzbar

Entspricht denn eine solche rigorose Regelung dem Grundsatz der Demokratie, wonach immer die Mehrheit das Sagen hat? Und entspricht es den demokratischen Spielregeln, wenn eine gewählte Person zu guter Letzt nicht wegen ihrer Stimmen-Mehrheit, sondern wegen ihres Geschlechts Einzug in ein Parlament oder in die Exekutive nehmen würde? Bedenklich an der Initiative ist überdies, dass sie nicht befristet ist. Der allenfalls neugeschaffene Zustand würde also in alle «Gesetzes-Ewigkeiten» zementiert. Das erhöht die Vorbehalte gegenüber dieser Initiative zusätzlich.

Auf hauchdünnem Eis

Bei allem Verständnis für die bestehenden Anliegen nach einer stärkeren Vertretung der Frauen in den politischen Gremien: Mit der von der Initiative geforderten Quotenregelung wird hinsichtlich der Rechtsgleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie hauchdünnes Eis betreten.

Die Initiative will auf der einen Seite Gerechtigkeit schaffen, verursacht aber auf der andern Seite neue Ungerechtigkeiten. Sie verlangt die Wahl von Bundesbehörden nach dem Prinzip der Quantität und nicht der Qualität – in einer Zeit, in der es ohnehin immer schwieriger wird, die Qualität der Behörden nur schon zu halten. Vor allem aber tangiert die Initiative derart viele und entscheidende Regeln der Demokratie, dass sie zwingend zur Ablehnung empfohlen werden muss.

Deshalb am 12. März: Nein zur Volksinitiative «für eine gerechte Vertretung der Frauen in den Bundesbehörden».

Eidgenössische Abstimmung 12. März 2000:

Stopp der Initiativen-Willkür!

Nach meinen Beobachtungen und konkreten Erfahrungen liegen Volksinitiativen nach ihrer Einreichung jeweils sehr lange unbearbeitet in Bern.

Warum muss oft drei Jahre gewartet werden, bis die Abstimmung angesetzt wird? Warum wird oft nach den drei Wartejahren mittels Parlamentsbeschluss noch ein weiteres Wartejahr angehängt? Die Antwort ist klar: Man versucht mit dieser taktischen Massnahme den Initianten Wind aus den Segeln zu nehmen. **Die Regierenden warten auf eine sogenannt günstige Zeit, um die Abstimmung anzusetzen**, dies in der Hoffnung, die Volksinitiative besser bodigen zu können. Selbstverständlich werden in Bern die Volksinitiativen nicht vertrödeln, weil Bundesbern «intern» so lange darüber diskutieren muss oder weil man an einem Gegenvorschlag herumstudiert, sondern einzig und allein mit dem Ziel, die Sache möglichst einfach vom Tisch zu wischen.

Manchmal laufen die Bundesratsparteien aber auch in die eigene Falle: Beispielsweise wurde die Initiative der EU-Beitrittsbefürworter aus taktischen Gründen so lange hinausgeschoben, bis sie nun – zum ungünstigsten Moment – in

der Parlamentskommission diskutiert werden muss, nämlich genau mitten im Abstimmungskampf um die Bilateralen EU-Verträge.

Es braucht eine Verkürzung der Wartezeit auf 12 Monate, denn niemand muss uns weismachen, dass ein Jahr in Bern nicht ausreicht, um eine Volksinitiative in der Verwaltung, im Bundesrat und im Parlament zu diskutieren. Andere Vorlagen werden auch in dieser Zeit durchgezogen! Beispielsweise ist es eine Respektlosigkeit gegenüber allen, welche die 18%-Ausländer-Initiative unterzeichnet haben, dass es von der Lancierung bis zum Volksabstimmungsdatum gut 6 Jahre dauert. Bundesrat, Verwaltung und Parlament haben diese Initiative längst fertig beraten. Nun wartet man auf den sogenannt günstigsten Zeitpunkt für die Abstimmung. Oft werden dazu auch teure Umfragen beigezogen, dies immer in der Hoffnung, dass man die Volksinitiative bodigen kann. Es dauert also bei der 18%-Ausländer-Initiative nur so lange, weil die Regierenden Angst haben, dass eine Mehrheit des Volkes zustimmen könnte.

Dieser politischen Willkür kann nur mit der Zustimmung zur Volksinitiative «für die Beschleunigung

der direkten Demokratie» Einhalt geboten werden. Ein Ja zu dieser Initiative führt zu mehr Gerechtigkeit gegenüber allen Initiantinnen und Initianten von Volksinitiativen. Es wird deshalb nicht mehr Volksinitiativen geben, denn das Sammeln von Unterschriften bleibt

nach wie vor ein schwieriges Unterfangen. Aber die Spiesse zwischen den Initianten einerseits und Bundesrat / Parlament andererseits werden etwas gleicher...

Rudolf Keller,
SD-Zentralpräsident

Das muss noch gesagt werden



Rudolf Keller,
SD-Zentral-
präsident,
Frenkendorf

Bedeutungslos

seien die Schweizer Demokraten bei den Nationalratswahlen geworden. Fast gestorben sei diese Partei. Es sei nur noch eine Frage der Zeit, bis auch sie nach dem LdU und der FPS ihren Konkurs anmelden müsse. **Gewerbeverbandsboss Triponnez und Blocher waren sich ganz sicher, dass die SD das Referendum gegen die Bilateralen Verträge mit der EU nicht zusammenbringen würden.** Nun hat sich gezeigt, dass alles anders ist. Unter der Federführung der Schweizer Demokraten kam das Referendum mühelos zustande. Die SD haben bewiesen, dass sie nach wie vor sehr stark und schlagkräftig organi-

siert sind. **Ohne SVP, AUNS und Blocher war dies möglich. Den Bundesratsparteien sei ins Stammbuch geschrieben: Es gibt eine starke Kraft jenseits der Bürgerlichen, der Linken und der Konservativen.** Vor einigen Jahren haben die SD bereits im Alleingang das Referendum gegen die Liberalisierung der Lex Friedrich erfolgreich durchgezogen. Und das nächste Referendum steht bereits ins Haus. **Die Einbürgerungsbestimmungen wollen die Regierenden lockern. Das werden die SD aber nicht ohne Volksabstimmung zulassen.**

Neutralität

Neutralität ist gut, dem pflichte ich bei! **Neutral sein heisst, sich nicht in fremde Händel einmischen, die territoriale Integrität anderer Länder respektieren, seine guten Vermittlerdienste wo immer nötig anbieten, keinem politischen Block angehören und keine militärischen Truppen ins Ausland schicken.** Das sagt auch Christoph Blocher immer wieder. Offenbar heisst neutral sein in Blochers Augen aber

auch, sich nicht am Referendum gegen die Bilateralen Verträge mit der EU beteiligen. Und nun hat Herr **Blocher** noch eine weitere Interpretation von Neutralität geliefert. An seiner Albisgütli-Tagung schlug er doch allen Ernstes vor, **dass sich die umliegenden Regionen der Schweiz anschliessen sollten... frei nach dem Shareholdervalue-Motto: Die wohlhabenderen an unser Land angrenzenden Regionen wollen wir in die Schweiz aufnehmen, die ärmeren Regionen überlassen wir der EU.** Gottfried Keller sagte einst: «Achte jeden Mannes Vaterland, das deinige aber liebe.» Ich liebe unser Land, achte aber auch das Vaterland der andern und respektiere damit die gezogenen Landesgrenzen, weil ich neutral bin. **Wer neutral sein will, darf nicht territoriale Gelüste aufkommen lassen!**

Einmischung

Stark sind sie geworden, die Freiheitlichen Österreichs. Demokratische Wahlen haben sie gewonnen. Nun sollen sie aber nicht in der

österreichischen Regierung mitmachen dürfen – sagten unter anderen deutsche, französische und belgische Politiker. Sogenannt «Rechts-extreme» würden die demokratischen Grundwerte in Europa kaputt machen, so und anders tönt es in diesen Tagen.

Und was sind das für Politiker, welche gegen die Regierungsbeteiligung der österreichischen Freiheitlichen protestiert haben? – Eine belgische Regierung, welche es in einem **Flugzeugskandal** und im **Kinderschänderprozess** an konsequentem Vorgehen fehlen liess. Vertreter **deutscher** Parteien, welche in **Wahlspendenskandale** und **Flugaffären** verwickelt sind. Und ein französischer Staatspräsident, der mit dem **skandalumwitterten Pariser Bürgermeister Tiberi** politisch eng verbunden ist. **Sollen die doch zuerst mal ihre «Läden» in Ordnung bringen, bevor sie anderen vorschreiben wollen, was getan werden darf und was nicht!**

Der europäische Regierungsfilz hat sich in letzter Zeit nicht eben besonders demokratisch aufgeführt!

WTO – Zuchtmeister der «Globalisierung»

Umstrittene Rolle der Welthandelsorganisation

Schon lange vor den Ministertreffen der Welthandelsorganisation (WTO) in Seattle und jüngst in Davos hatten Umweltschützer und Gewerkschafter, Bauern, Gentechnik-Gegner und auch Konsumentenverbände gewaltfreien Widerstand angekündigt. Dieser wurde jedoch durch Gewaltakte von ultralinken Chaoten, Anarchos und «Antifaschisten» überschattet, was der Kritik und dem Protest eher schadet als nützt. Die Erstgenannten sehen die WTO gewissermassen als Zuchtmeister der Globalisierung. Nationalbewusste sehen darin zudem die Gefahr eines Kultur-Eintopfes und fürchten um die Souveränität der Nationalstaaten.

Vor knapp fünf Jahren, als die WTO noch GATT hiess (General Agreement on Tariffs and Trade) prägte vor allem das Feilschen um Zölle die Konferenzen. Heute wird festgestellt, weil in acht Handelsrunden die Zölle auf einen durchschnittlichen Satz von vier Prozent für Industriegüter gesenkt wurden, sei es an der Zeit, vor allem nationale Vermarktungsvorschriften zu «harmonisieren».

In einem Bericht aus Genf (Sitz der WTO) heisst es: «Der Druck zur Angleichung von Vermarktungsvorschriften sowie etliche WTO-Schiedssprüche, die gewisse einzelstaatliche Normen im Gesundheits- und Umweltschutz sowie im Patentrecht als regelwidrig aufhoben, schränken die nationale Souveränität von Mitgliedsländern ein. Das führt zu mehr Empörung als jener Zwang des internationalen Standort-Wettbewerbs, dem selbst rot-grüne Regierungen nicht widerstehen können. Der amerikanische Verbraucherschutzanwalt Nader wirft der WTO wegen der Eingriffe in nationales Recht einen «heimlichen Staatsstreich» vor».

Vielfach wird der Vorwurf mangelnder demokratischer Legitima-

tionen erhoben. Zudem heisst es, die WTO diktiere (globale) Handelsregeln und beschliesse hinter verschlossenen Türen Regelwerke für 135 Mitgliedsstaaten. Nicht einmal als Zuschauer an den Sitzungen des Allgemeinen Rates oder der vielen Verhandlungsgruppen dürfen Nichtregierungsorganisationen teilnehmen.

Profitierender US-Imperialismus

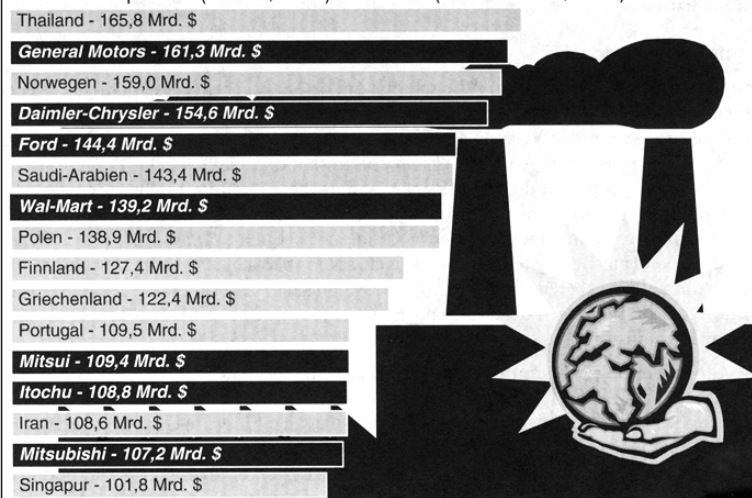
In der WTO geht es um Milliardeninteressen in Bezug auf Handelsregeln, die sich bestimmend auf den Im- und Export von Staaten auswirken. Vor diesem Hintergrund werfen Kritiker auch dem Generaldirektor der Welthandelsorganisation, Moore, vor, er bewahre das «undemokratische Monster» vor Transparenz, weil wichtige Dokumente oder Entscheidungen nicht zugänglich seien. Kontrolle durch private Gruppen werde verunmöglichlicht.

In der WTO haben insbesondere stets die USA in punkto Handelssystem ihre Interessen durchgesetzt – auch in Form eines «politisch korrekten» Protektionismus. Man denke beispielsweise an den «Handelskrieg» mit der EU wegen des Streits um die Einfuhr sogenannter Dollarbananen. Sanktionsdrohungen wurden dabei auch gegen Frankreich, Deutschland und Österreich erhoben. Washington kündigte Boykottmassnahmen der USA gegen europäische Produkte an.

Zwar muss nicht jeder Streit in der WTO gleich ein «Handelskrieg» sein. Doch die Bürgerinnen und Bürger vieler Staaten wehren sich dagegen, den Verlust an nationaler Souveränität zu Gunsten der WTO zu akzeptieren. Propagandisten der «Globalisierung» lassen dagegen wissen, wegen der immer engeren «internationalen Vernetzung» der Wirtschaft sei der «Zwang unausweichlich», mehr «multilaterale» Regeln zu schaffen und «gewisse

Unternehmen – so gross wie Länder

Bruttoinlandsprodukt (Länder, 1997) / Umsätze (Unternehmen, 1998) in Mrd. Dollar



Multinationale Unternehmen werden immer grösser und mächtiger. Ihre Finanzmacht erreicht inzwischen die Wirtschaftskraft mittelgrosser Länder: Der Umsatz von General Motors ist grösser als das Bruttoinlandsprodukt (BIP) von Norwegen. Das BIP ist die Summe aller Güter und Dienstleistungen eines Landes. Waren Politiker früher noch bemüht, Konzernmacht nicht ausufern zu lassen und Kartelle zu verhindern, so herrscht heute Fusionsfieber. «Volkswirtschaft» findet praktisch nicht mehr statt. Mit den nationalstaatlichen Steuerungsmöglichkeiten verschwindet zugleich auch die demokratische (= volksherrschaftliche) Kontrolle. Der Welt droht eine Börsen-Diktatur.

Kompetenzen» an «supranationale» Institutionen abzutreten. Und vor allem in Washington, das stets auf die Durchsetzung eigenen «Rechts» pocht, heisst es, «multilaterale Bindung» fördere sogar den Frieden.

Beitritt Chinas

Nun haben die USA über die WTO auch China ins Visier genommen. Mit dem Beitritt des Giganten zur Welthandelsorganisation werde auch die kommunistische Revolution «korrigiert», deuten Strategen. Der Klub in Genf meint, für den Beitritt sei die «Balance» aus Vor- und Nachteilen entscheidend. Und das könne man in Geld messen, weil der zusätzliche Güterhandel geschätzt werden kann. Immerhin ist China inzwischen zur neuntgrössten Handelsmacht der Welt aufgestiegen.

Wie wird die Aufnahme vorbereitet? In der WTO wird zunächst ein Gremium gebildet, das «juristische Fragen klärt» und Fristen für die «Anpassung an Handelsregeln» festlegt. Zudem werden Verhand-

lungen über Zollsenkungen geführt, wobei die mit den USA vereinbarten Tarife (gemäss der Meistbegünstigungsklausel) zu akzeptieren sind. In einer Reportage zu den Beitrittsvoraussetzungen heisst es: «Bei China war vieles kompliziert, weil das Land ... nicht so viele Konzessionen bei Importzöllen machen wollte.» Diese wirken nämlich wie ein Schutz, und daher hat China Überschüsse im Handel mit westlichen Staaten. Zudem wird von China verlangt, Gesetze zwecks «Anpassung» an WTO-Regeln über Dienstleistungen, Investitionen sowie über Patente und Markenrechte zu schaffen.

«Insider» hatten längst Wetten darüber abgeschlossen, dass die US-Amerikaner bis zur WTO-Ministertagung in Seattle oder spätestens in Davos in punkto China «Einigkeit» erreichen würden. Hinsichtlich der Handelsrunde könne US-Präsident Clinton nämlich eine «Marktöffnung» Chinas den Amerikanern hervorragend «verkaufen».

Bernhard Hess, Nationalrat, Bern

Schenk & Senn

Ihr Allfinanz-Partner

Postfach 225 8185 Winkel Telefon + Fax 01 862 04 53
E-Mail: schenk.senn@flyaway.ch

Ihr zuverlässiger Partner für:

- Buchhaltungen
- Steuererklärungen
- Inkasso
- Verlustscheinverwertungen
- Mehrwertsteuerabrechnungen
- Sozialversicherungen
- Sach- und Lebensversicherungen
- Finanzanlagen

Wir optimieren Ihre Finanzen. Rufen Sie uns an.

Eidg. Abstimmung 12. März 2000:

Ja zur Initiative für die Beschleunigung der direkten Demokratie!
12 Monate Behandlungsfrist sind für Parlament und Bundesrat genug...



Kanton Basel-Land



Quo vadis Grellingen

Ein Drittel der Wohnbevölkerung von Grellingen sind zurzeit Ausländer. 24 verschiedene Nationen und Kulturen prägen und beeinflussen unser Dorf immer stärker. Nun soll nach dem Willen des Baslerbieter Regierungsrates und des Grellinger Gemeinderates unsere Kreisreal- und -sekundarschule geschlossen und dafür eine Zentrumsschule für Asyl- und Ausländerkinder geschaffen werden. Un-

sere einheimischen Grellinger Schülerinnen und Schüler sollen dafür trotz schlechten Verbindungen des öffentlichen Verkehrs in anderen Baslerbieter Gemeinden wie zum Beispiel in Aesch zur Schule gehen.

An der Schule in Aesch müssen dafür aber bauliche Massnahmen durchgeführt werden, damit die Grellinger Schülerinnen und Schüler überhaupt Unterrichtsraum haben!

– **Wollen wir eine solche Politik der Steuergeldverschleuderung, der Diskriminierung und der Benachteiligung unserer einheimischen Kinder wirklich zulassen?**

– **Wollen wir noch mehr Steuergelder für eine zunehmend umstrittene Einwanderungs- und Asylpolitik zu Lasten der einheimischen Bevölkerung unterstützen?**

– **Wollen wir Gemeinderäte, welche das unterstützen, wieder wählen?**

Wir Schweizer Demokraten sagen nein zu dieser schweizerfeindlichen Politik, wo wir nur noch Fremde im eigenen Lande und Dörfe sind.

Wehren Sie sich mit uns gegen die Diskriminierung der Einheimischen!

SD-Sektion Laufental









Thurgau

Asylversagen zementieren?

In Kreuzlingen plant das Bundesamt für Flüchtlinge (BFF) den Neubau der Empfangsstelle für 300 Asylanten. Vor zwölf Jahren wurde das Volk beschwichtigt, man wolle einfach spontan (mit 40 Plätzen) helfen. Es sei ein Provisorium, das wieder verschwinde. Heute gibt es ein eigenes Bundesamt mit Direktoren, Vizedirektoren und vielen Angestellten. Die Einwanderung über die Hintertüre «Asyl in Switzerland» für Privilegierte aus allen Kontinenten ist feste Einrichtung geworden und Geheimtip in der ganzen Welt – der Neubau von Kreuzlingen kann es nicht drastischer aufzeigen! Wie lange soll das Volk dieses Theater, diesen Betrug noch ertragen und finanzieren? Ein Betrug auf Kosten jener Millionen, die nicht ins gelobte Land Schweiz

Veranstaltungskalender

Kanton	Sektion	Veranstaltung
Aargau 	Bezirk Aarau	Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr
	Bezirke Baden / Brugg / Zurzach	Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen
	Bezirkspartei Bremgarten	Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Freiämterhof, Villmergerstrasse 7, Wohlen
	Sektion Kulm	Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Central, Reinach
	Bezirkspartei Lenzburg	Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Lindenhof in Schafisheim
Bern 	Sektion Berner Oberland-Ost und Berner Oberland-West	Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg
	Sektion Oberaargau/ Mittelland/ Emmental	Stammtisch jeden dritten Donnerstag im Monat im Restaurant Fankhauser ab 20.00 Uhr
	Sektion Schwarzenburg/Seftigen/Laupen	SD-Stamm immer am letzten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Tea-Room Vreneli, Guggisberg
	Sektion Seeland/Biel	Höck jeden 1. Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Kongresshausrestaurant in Biel
	Sektion Thun/Konolfingen	Stamm jeden letzten Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Romantic, Pestalozzistr. 95, Thun
	JSD Kanton Bern	Mitgliederversammlung JSD am 26. März 2000, 20.00 Uhr im Restaurant «Galaxy», Effingerstrasse 20, Bern
Luzern 	Innerschweiz	Höck jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Motel Spatz, Obergrundstrasse 103, Luzern
St. Gallen 	Sektion Wil und Umgebung	Stammtisch-Höck am 10. März 2000, 19.45 Uhr im Fürstensaal im Hof zu Wil
Zürich 	Sektion Dielsdorf	Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Linde, Buchs/ZH
	Sektion Hinwil	Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Metzg, Walderstr. 19, Hinwil
	Sektion Bülach	Stammtisch jeden letzten Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Sternen, Kirchgasse 36, 8302 Kloten
Thurgau 	SD Thurgau	Jahresversammlung am Donnerstag, 9. März 2000, 20.00 Uhr, «Stelzenhof», Weinfeld; anschliessend Referat von Dr. Josef Feldner, Klagenfurt, zu den Auswirkungen des EU-Beitritts in Österreich.

reisen können! Viele hatten grosse Hoffnungen auf Frau Bundesrätin Metzler gesetzt. Sie hofften auch auf «Hilfe vor Ort»; den mittellosen Verfolgten zuliebe, und erkennen nun, dass sie bitter getäuscht werden.

Am Bodensee wächst Klein-EU!

Der Thurgauer Regierungsrat zeichnet verantwortlich für Schnellzüge Konstanz-Zürich («Zugvogel») am frühen Morgen, für den Katamaran und neuerdings fordert die gleiche Exekutive den Bundesrat auf, den Autobahnabschnitt nördlich von Konstanz zu

finanzieren. So könne die Autobahnverbindung von Singen Richtung Zürich geschlossen werden. Gleichzeitig klagen etwa die Romanshorn über den Abbau von Verkehrsanschlüssen. Wir Schweizer Demokraten weisen darauf hin, dass der Ausländeranteil in vielen Bereichen ein unerträgliches Mass erreicht hat und es nur darum geht, billigere Arbeitskräfte ins Land zu schleusen. In Anbetracht des fortwährenden Verlustes von Arbeitsplätzen, Dumping nach EU-Zuschnitt zu vermeiden, müssen derartige Begehren als unverständlich, ja unverantwortlich gegenüber dem eigenen Volke taxiert werden. Von der Förderung von umweltbelastenden Pendlerströmen gar nicht zu reden.

*Schweizer Demokraten,
SD Thurgau,
Kantonale Parteileitung*

Jahresversammlung 2000:

Donnerstag, 9. März, 20.00 Uhr, «Stelzenhof», Weinfelden

1. Teil:

Jahresversammlung 2000, Beginn 20.00 Uhr, für die SD Thurgau, Jahresbericht, Jahresrechnung, Wahlen, Programm und Ziele
Bitte unbedingt Datum reservieren. Partner sind willkommen.

2. Teil:

Referat v. Hrn. Dr. Josef Feldner, Klagenfurt: «Die bedenklichen Auswirkungen des hochgejubelten EU-Beitritts Österreichs für Land und Leute»
Beginn 21.30 Uhr (Die Veranstaltung wird geöffnet auch für Bürger, die nicht der SD angehören; allerdings ist die Sitzzahl beschränkt).

Wer ist Dr. Josef Feldner von Klagenfurt?

Seit 1972 ist er Obmann des überparteilichen Kärntner Heimatdienstes. Er kämpfte gegen den EU-Beitritt Österreichs, schrieb verschiedene Bücher 1994 «Österreich in die EU? Der falsche Weg nach Europa» und 1997 «EU – Versprechungen und Wirklichkeit». Er ist ein hervorragender Kenner und ausgewiesener Kritiker der Auswirkungen des EU-Zentralismus in Österreich. Dieser Auftritt soll uns helfen, im Kampfe gegen die bilateralen Verträge (Abstimmung 21. Mai). Interessenten anderer Sektionen können frühzeitig Sitzplätze reservieren beim Präsidenten der SD Thurgau unter Tel./Fax 052 - 765 12 16.

Wo ist der Stelzenhof?

Das Restaurant befindet sich auf dem Berg, nördlich von Weinfelden auf etwa 600m. Um es zu erreichen ist ein Fahrzeug nötig. Fahrzeit mit Taxi etwa 8 Min. Vom

Bahnhof Weinfelden Richtung Norden die Dorfstrasse hoch bis zur Anhebung, dann einige Meter rechts und gleich weiter hinauf (Wegweiser «Stelzenhof»). Nach etwa 350m Abzweigung nach rechts (Wegweiser «Stelzenhof»). Dann kommen Felder, Äcker und Wälder. Immer geht es hinauf, bitte die Wegweiser beachten. Wenn man oben aus dem Wald kommt, geht die Abzweigung links und etwa 300m entfernt sieht man das Ziel.

Kantonale Parteileitung

AUNS – Jetzt reichts!

Zwingen Sie die AUNS mit Ihrem schriftlichen Austritt, endlich Farbe für unser Land zu bekennen. Sie hat uns beim UNO-Maulkorb, bei der neuen Verfassung und nun, bei den bilateralen Verträgen im Stich gelassen. Millionen wurden gesammelt unter dem Schwur, man wolle sich für Freiheit, Unabhängigkeit, Souveränität und Neutralität einsetzen. Verlangen Sie Ihre Spenden zurück! Verboten Sie die Zustellung irgendwelcher Unterlagen. Nur Druck und die Erkenntnis, dass so mit dem Volke nicht umgegangen werden darf, kann eine Kurskorrektur der AUNS bewirken. Anfeindungen, öffentliche, faule Sprüche gegen AUNS und deren Chef aber kann ich keinesfalls goutieren. Schreiben Sie auch an Christoph Blocher, c/o Ems Chemie, Selnaustr. 16, Postfach, 8039 Zürich Ihre Enttäuschung!

*Willy Schmidhauser,
SD Thurgau*

SD-Kandidatur – ein Meilenstein im Thurgau!

Mann von der Volksbasis – Willy Schmidhauser – in den Regierungsrat

Ein Mann von der Basis, für die Basis. Natürlich, ehrlich, dynamisch, tatkräftig, auf der Seite des Volkes, unbestechlich, keiner Macht, keiner Geheimorganisation und keinem Parteiapparat verpflichtet. Willy Schmidhauser – eine Investition, die sich für alle lohnt!

Grosses Unbehagen im Volke

Nur 10% des Volkes identifizieren sich mit den Regierungsparteien, die seit langer Zeit und offenbar völlig selbstverständlich die Regierungsräte stellen. Das Vertrauen in die Regierenden ist heute auf einen neuen, absoluten Tiefpunkt gefallen (31 % gegenüber 34 % im Vorjahr). Ein grosses Unbehagen ist spürbar.

Gewählte waren immer gefangen

Dass sich bisher in all den Jahren wenig veränderte, lag kaum an den Kandidaten und Gewählten. Sie waren stets Gefangene ihren Parteien und konnten kaum tun, was ihnen beliebte. Kein einziger kann sich erlauben, die Parteilinie zu verlassen.

Heruntergespielt, vor sich her geschoben...

Probleme wurden jahrelang heruntergespielt und vor uns her geschoben. Erinnerung sei etwa an die Einwanderung trotz massiver Auslagerung von Arbeitsplätzen und zusehends kontraproduktiv-hohen Ausländeranteilen. Oder an eine milliardenschwere und deplazierte Asylpolitik, an die bald täglich angezogeneren Gebühren- und Steuerschrauben und die Schlechterstellung vieler Arbeitnehmer, Bauern und Unternehmer.

Schweizer Demokraten wollen dem Volk wieder Mut machen!

Sie stellen im 2000 einen bestens ausgewiesenen Kandidaten für den Regierungsrat. Er ist das Markenzeichen einer mutigen, jahrelangen und 100%ig-unbestechlichen Oppositionsarbeit im Sinne des ganzen Volkes. Wir verlangen, dass inskünftig die Vertreter der Exekutive und alle Politiker ihre politischen, gesellschaftlichen und privaten Verbindungen offenlegen müssen.

Opposition hätte Anrecht auf Sitze

Opposition ist in unserer Demokratie ganz und gar nicht leicht. Vielerorts herrscht reine Meinungsmache, unsere Arbeit wird vorsätzlich sabotiert und manipuliert. Eine Opposition hat aber auch keine Ämter und schöne Posten, die sie an «eifrige Parteidiebe» abgeben könnte.

Auch im Thurgau gäbe es Wünsche

Wir wollen, dass alle Schweizer Bürger gleiche Rechte haben, Regierung und Verwaltung für das Volk da sind und keinesfalls umgekehrt, die Gerichte Recht sprechen... Schweizer Demokraten sind tatkräftige Bürger! Es gab kaum jemand, der antrat gegen grosse Irreführungen der Arbeitnehmer, Bauern, Betriebe, Senioren und aller Menschen in diesem Lande (Neue Bundes-Verfassung, Rassismuskonvention, Gatt, bil. Verträge, Asyl usw.).

*Hans Stalder, Puppikon, Kant. Parteileitung SD + Präsident NBKS Thurgau; Werner Bätcher, Dussnang, GL und Kant. Parteileitung SD; Heinz Greminger, Kant. Parteileitung SD
Christof Neuenchwander, Junge SD und Kant. Parteileitung SD*



Kanton St. Gallen

Hauptversammlung 2000 der Sektion St. Gallen

Im kleinen Dorf Muolen, im gemütlichen Saal des Restaurant Rössli, fanden wir uns zur diesjährigen Hauptversammlung ein. Unser Präsident Paul Buob hielt an der Schwelle der Jahrtausendwende in seinem Jahresbericht eine kurze Rückblende auf Geschehnisse und Einflüsse der letzten 50 Jahre, welche z.T. viele negative Auswirkungen zeigten. Dazu gehört unter anderem der geschichtsvernichtende Geist der Linken und

der 68er-Chaoten, welche mit Pseudo-Humanisten und «Kulturschaffenden» an der Identität der Schweiz zerrten, auch schon in den Schulen. Er forderte uns umso mehr auf, auch in Zukunft mutig den zerstörerischen und subversiven Kräften entgegenzutreten. Der Kassabericht brachte eine kleine Vermehrung des Vermögens

Fortsetzung Seite 10

SD St. Gallen: Hauptversammlung*Fortsetzung von Seite 9*

zutage. Die Kasse wird jedoch dieses Jahr wegen den Kantonsrats- und Gemeinderatswahlen noch ziemlich gerupft werden. Wie Vizepräsident R. Uhler erklärte, sind schon nur die Kosten für die Plakate enorm viel höher als vor 4 Jahren.

Unser Präsident sowie der gesamte Vorstand wurden einstimmig wiedergewählt, die neu hinzugezogenen Beisitzer ebenfalls einstimmig bestätigt.

Anschliessend ergriff unser Gastreferent Willy Schmidhauser, Präsident der SD des Kantons Thurgau, das Wort zum Thema: Unterschiede zwischen der SVP und der SD. Mit einem Wort aus der Bibel «Du kannst nicht zwei Herren dienen» begann er aufzuzeigen, wie die eher linke Politik von Bundespräsident Ogi und die Standpunkte von Christoph Blocher auseinander driften. Gute Sprüche nützen aber kaum, denn die Politik wird im Bundeshaus gemacht. Der SVP Zürcher Flügel zog am gleichen Strick wie Bundesrat Ogi beim Antirassismus-Gesetz und bei der neuen Bundesverfassung, folgte

seinem Bundesrat aber nicht beim Einsatz für eine «andere Neutralität» zwecks Beitritt zu UNO und EU sowie beim Anspruch, Schweizer Soldaten im Ausland agieren zu lassen. Blocher und Ogi sind also zwei verschiedene Herren, die SVP zeigt hier ihr Janusgesicht, und wer sich für sie begeistert, muss sich fragen: Welche SVP meine ich denn? Wie und wo kann ich mich auf sie verlassen?

Leider hat das Volk die Doppelbödigkeit nicht genügend bemerkt und dabei die echte Opposition wie Schweizer Demokraten und Auto-partei fast vollständig ausgeschaltet, ein tragischer Entscheid für die Entwicklung. Wer meint, mit der AUNS sicherer zu fahren, kann sich täuschen. Sie steht zu oft nicht zu ihren Grundsätzen, hat das Antirassismus-Gesetz (auf Weisung Blochers) unterstützt und auch die neue Bundesverfassung mit einem Ja dazu akzeptiert. Willy Schmidhauser spricht zum Schluss die Hoffnung aus, dass wir von der SD unsere Schlüsse daraus ziehen und noch viel aktiver werden als je zuvor. Mit einem von der Sektion offerierten Imbiss endete unsere Hauptversammlung 2000.

Die Aktuarin**Kanton Bern****Umgehung des Asylverfahrens im Kanton Bern:****SD prüfen rechtliche Schritte**

Die Schweizer Demokraten (SD) des Kantons Bern protestieren mit Nachdruck gegen die Pläne der Berner Regierung, Asylbewerber, die schon länger als fünf Jahre auf den Abschluss ihrer Asylgesuche warten, eine dauernde Aufenthaltsbewilligung in der Schweiz zu erteilen.

Die SD erachten solche Massnahmen als äusserst gefährlich. Erstens werden damit diejenigen Asylbewerber, die die Bearbeitung ihrer Gesuche durch Verschweigen ihrer Identität erschweren oder durch immer neue Rekurse und Beschwerden mutwillig verlängern, belohnt. Und zweitens sind solche «humanitäre» Massnahmen gera-

dezu eine Aufmunterung an alle anderen Asylgesuchsteller, ihre Verfahren möglichst lange hinaus zu zögern, da sie ja dann ebenfalls mit einer Aufenthaltsbewilligung rechnen können.

Nach Ansicht der SD verstösst der Regierungsrat des Kantons Bern mit diesen Sonderbewilligungen ganz klar gegen das gängige Asylgesetz. Deshalb prüfen die SD rechtliche Schritte. Jedenfalls werden die SD nicht tatenlos zusehen, wie dem Asylrechtsmissbrauch und der Überfremdung unseres Landes neu auch mit verwaltungstechnischen Massnahmen Tür und Tor geöffnet werden.

SD-Pressedienst des Kantons Bern

Die Selbstentlarvung der EUnionisten



Die demokratischen Vorstellungen des legendären französischen Volksrechts-Vordenkers und Politstrategen Montesquieu scheinen in den von Zentralismus und «Homo Bonus»-Attitüden verseuchten Gehirnen der Brüsseler Oligarchen keine Beachtung zu finden. Jüngstes Beispiel der antidemokratischen EUnionsapologeten: die offensichtliche Ignoranz der Fairness in Bezug auf die innenpolitischen Entwicklungen unseres östlichen Nachbarlandes und die z.T. absolut haarsträubende Art und Weise, die Freiheitliche Partei Österreichs FPÖ und ihren Ob-

mann, Jörg Haider, aufs Übelste zu diskreditieren. Der Rückblick auf die sozialdemokratische Odyssee der vergangenen 30 Jahre lässt – vor allem – in Österreich den Schluss zu, dass die SPÖ wohl sämtliche Aufträge des Volkes nicht allzu ernst genommen hatte und selbst in regierungsinternen Fragen mit ihrem langjährigen Koalitionspartner, der ÖVP, (Österreichische Volkspartei) stets äusserst stur und egoistisch agierte. So wurde von der SPÖ unmittelbar nach der verlorenen Wahl im Oktober dreist verkündet, die restriktive Asylpolitik wäre schon lange begrüsst worden, was wohl in Anbetracht der mangelhaften Leistungen der Regierungsträger bestenfalls als schlechter Witz deklariert werden kann. Nebenbei liess sich die Sozialdemokraten selten bis gar nie auf Verhandlungen mit ihrem Regierungspartner ein, welcher bspw. eine intelligente Durchmischung von Ministerialfunktionen auf Parteiebene ideolo-

gieunabhängig gestalten wollte; m. a. W., ein ÖVP-Mensch hätte auch Ministerposten bekleiden dürfen, die in der Regel den Sozialdemokraten vorbehalten waren und umgekehrt. Doch die selbstherrlichen Sozialisten erachteten solche innovativen Machtstrukturen als diskussionsunwürdig und provozierten somit den Bruch der alten und neuen Koalition mit der ÖVP. Die Chance auf einen frischen Wind unter Beteiligung der Freiheitlichen war endlich gegeben. Es ist schon mehr als bemerkenswert, wenn nun plötzlich die von Panik erfüllten europäischen Gleichschaltungsstrategen insofern ihre «Bestürzung» über die mögliche schwarz-blaue Koalition kundtun, als sie im Kollektiv Österreich quasi den Krieg erklären und mit dem Abbruch der Beziehungen drohen. Absurd und höchst bedenklich gestaltet sich dieses infantile und absolut undemokratische Spiel der Brüsseler «Komintern» vor allem in Bezug auf die unseriö-

se paneuropäische Haltung in anderen Konfliktfragen, wo die vielgepriesene Homogenität der sicherheitspolitischen Kommission weitgehend auf der Strecke blieb; die jugoslawische Tragödie ist exemplarisch für diesen Widerspruch. Sollte jedoch eine unbequeme politische Gruppierung eines souveränen Landes – dessen Bevölkerung einen ganz klaren Auftrag erteilt hat – die Chance erhalten, in die Regierung eingebunden zu werden, spricht die durch und durch linkssozialistische Allianz der europäischen Freiheitsräuber den Bann über besagte Partei aus. Nunmehr erwiesen ist, dass die europäische Union aufgrund der jüngsten Ereignisse ein Demokratie-Defizit aufzuweisen hat, dessen mögliche Auswirkungen – man hoffe es – anderen Organisationen Anlass gibt, über die totalitären Strukturen der sakrosankten Einheitseuropäer sorgfältig nachzudenken.

Alexander Nyffenegger, Bern

Der Leser hat das Wort



In dieser Rubrik werden die persönlichen Meinungen unserer Leser wiedergegeben. Diese decken sich nicht notwendigerweise mit derjenigen der Redaktion.

Zum Demokratieverständnis der EU

Die Reaktionen der EU-Mitgliedstaaten auf die durch demokratische Wahlen notwendig gewordene Regierungsneubildung in Österreich, haben nun doch wohl auch dem letzten Gutgläubigen die wahre Fratze dieser kontinentalen Interessengemeinschaft offenbart. Für uns Schweizerinnen und Schweizer sei dies ein unmissverständliches Alarmsignal darob wie in dieser «demokratischen» Gemeinschaft mit einem kleinen Mitgliedstaate umgesprungen wird, falls der sich wagt, eine zwar vom

Volk gewählte aber möglicherweise nicht linientreue EU-kritische Regierung einzusetzen. Zynischerweise müssen dabei gerade noch die durch die anderen 14 Mitglieder missachteten Werte der EU als Rechtfertigung für deren undemokratisches Drohen und Vorverurteilen hinhalten.

Mindestens ebenso beunruhigt mich die Tatsache, dass es dem internationalen Gutmenschentum offenbar möglich ist, unter tatkräftiger Beihilfe fast sämtlicher grösserer Medien natürlich, innerhalb kürzester Zeit ein minutiöses agestimmtes psycho-terroristisches Massengeheul zu inszenieren. Damit versucht man die Menschen einzuschüchtern und ihnen das rationale Denken auszutreiben. Solche indoktrinierende «Dressurübungen» laufen nach einem immer gleichen Schema ab: 1. Die vereinigten System-Medien stilisieren einen couragierten, unbequemen Politiker oder sonstigen Zeitgenossen zu einem gefährlichen Phänomen hoch. 2. Die allzeit ab-

rufbereiten «Randalierlegionäre» beginnen mittels gewalttätigen Demonstrationen ihr Zerstörungswerk. 3. Das profilierungssüchtige Polit-Establishment beflissigt sich zustimmende wenn nicht gar anheizende Stellungnahmen abzugeben. 4. Die Medien berichten genüsslich wohlwollend darüber.

Hans Speck, Zürich

SD-Parole:
Nein zur Verkehrshalbierungs-Initiative

Referendum Bilaterale

*D'Schwizer Demokratä müänd jetzt zämä stah
Mit äm Referändum wirts um eusi Zuäkunft gah
Mir müänd am Parlament bewiisä
Das mer eus nöd dörf us dä Regiärig wisä
D'Unterschriftä wärdät mir zämä bringä
Und dänn mit aller Chraft idä Abstimmig ringä
Ich hoffä s'Volk stimmt für Euis
Und unterstützäd nöd diä andärä Chleus
Mir wänd nöd id EU cho
Dänn det wird eus s'Geld weg gno
Mir chönd nümä säge was mir dänket
Dänn det wird alles vo Brüssel glänket
All andärä stellät sich dumm
Aber mir ergriefäd s'Referändum.*

Florian Meili, Oberdürnten

EU und Demokratieverständnis

Da wählen 1,2 Millionen Bürger in Österreich eine Partei zur zweitstärksten Kraft des Landes; und die 14 EU-Mitglied-Staaten verlangen, dass diese sich nicht an der Regierung beteiligen darf. Nicht genug, es wird seitens der EU mit Repression, Sanktionen und Isolation gedroht. Wie hätte sich die Schweiz verhalten, wäre sie auch EU-Mitglied? Hätte sie sich auch der Arroganz

der EU-Bürokraten angeschlossen? Nun sollen wir vorerst Partner der EU durch die bilateralen Verträge werden. Geht die EU mit Verträgen genau so um wie mit der Demokratie? Das Beispiel von Österreich, dem zweitgrössten Nettozahler in der EU, sollte manchem Schweizer die Augen geöffnet haben, wie diese Union mit ihren Mitgliedern umgeht. Kurt Koller, Lichtensteig



Auf unsere Leserumfrage «Tiere als Sache?» erhielten wir zahlreiche Zuschriften. Leider können wir nur einen Bruchteil der Leserbriefe veröffentlichen. Die Redaktion hat sich zudem erlaubt, Kürzungen vorzunehmen.

Tierschutz nicht der Linken überlassen

Grundsätzlich bin ich der Auffassung, dass sich die SD nicht nur auf die Bekämpfung der fehlgelaufenen Ausländerpolitik auf allen politischen Ebenen konzentrieren, sondern die Initiative ergreifen soll, sich auch auf andere aktuellen Themen einzuschliessen! So hat es mich gefreut, dass die SD-Redaktion aufruft, sich zu äussern, ob wir uns vermehrt um Tierschutz kümmern sollen.

Ich würde es sehr schade finden, wenn wir den Tierschutz den «Linken und Freundlichen» überlassen sollten. Gerade aus dieser Ecke werden doch gerne politische Themen aufgegriffen, die – so man der roten Propaganda Glaube schenken würde – von der stillen Mehrheit im Land wohl diskutiert, die aber kein Forum haben, um sich verlaubar machen zu können. Dass sich die SVP um Tierschutz futiert – wie es bei der Abstimmung in der letzten Nationalratssession gezeigt hat – wundert mich nicht. Es muss halt wieder einmal gesagt werden, dass sich die SVP immer deutlicher als Wirtschaftspartei entpuppt.

Peter Meyer, Reinach / BL

Für artgerechte Tierhaltung

Ich finde, die Tiere gut zu behandeln ist eine Sache des persönlichen ethischen Niveaus. Dieses ethische Niveau sollte bei uns Schweizer Demokraten hoch sein. Es würde mich freuen, wenn sich die SD neben dem Umweltschutz auch ganz klar für die artgerechte Haltung sämtlicher Tiere einsetzen würde. Tiere dürften nicht als Massenprodukte industriell massenproduziert werden. Die Einstellung, jeden Tag Fleisch essen zu müssen, ist deshalb und aus gesundheitlichen Gründen falsch. Unterstützen wir Schweizer Demo-

kraten doch die hochehrwürdige Tendenz in der Schweiz zur artgerechten Tierhaltung und Fleischproduktion!

Markus Stössel, Rüti

Tierschutz den Tierschützern

Auf keinen Fall Kräfte an den Tierschutz verschwenden. Die bisherige Politik der SD ist richtig. Wir müssen uns für den Erhalt der Heimat einsetzen. Also die Kraft nicht verzetteln.

Paul Tschamper, Zofingen

Geschöpfe Gottes

Herrn Nationalrat Bernhard Hess beglückwünsche ich zu seinem Mut, bei der namentlichen Abstimmung NEIN zur Materialisierung von Tieren gestimmt zu haben. Tiere sind keine «Sache», sondern Lebewesen und Geschöpfe Gottes wie wir Menschen selbst! Die Befürworter einer Versachlichung von Tieren haben sicher nicht über ihre Nasenspitze hinaus gedacht, als sie in der letzten Session über diese Frage abgestimmt haben.

Es gehört schon Hochmut dazu, einen solchen Beschluss zu fassen, vermutlich um dann aus den Folgen auch wieder materiellen Nutzen zu ziehen.

Rolf Eberenz-Lienhard, alt Landrat, Reinach BL

Tiere als Sache

Eine Frechheit, man sollte alle Neinsager nicht mehr wählen. Vor den nächsten Wahlen bitte Flugblätter machen, wo alle diese Gegner aufgeführt werden, mit der Begründung, Nationalräte, die Tiere als «Sache» anschauen, sollten alle abgewählt werden – dafür B. Hess wieder wählen.

Es wird eine Volksinitiative geben und wir Tierfreunde hoffen, dass wir diesen Neinsagern die Revanche geben können mit Hilfe von Tausenden von Tierfreunden. Macht weiter so, wir zählen auf die Hilfe der SD und bleiben ihr treu.

J. Hofmann, Dübendorf

Tierschutz den Tierschützern

Ich bin ganz strikte dagegen. Wir brauchen Schützer der Demokratie, des geraden Denkens, die sich nicht zerstreuen in ihrer Aktivität. Lasst den Tierschutz den Tierschützern, schützt uns Bürger vor den Unwahrheiten der Politiker, vor ihrer Tendenz, die Volksmeinung zu missachten (z.B. EU-Beitritt, Soldaten im Ausland, Aufgabe der politischen Neutralität, Solidaritätsfonds für weiss ich was).

Max Noetzi, Kriens

Tierschutz vor Eigennutz

Ja, die SD sollen sich vermehrt dem Umwelt- und Tierschutz annehmen! Im Zeitalter der Globalisierung, wo Profitgier die Menschen auf die Hunde kommen lässt, müssen Tiere endlich als Lebewesen mit Gefühl und Schmerzempfinden behandelt werden und dürfen nicht zum Gegenstand der Sachbeschädigung degradiert werden.

Elmar Schneider, Goldach

Gegen Tierversuche wehren

Auf jeden Fall sollten sich die Schweizer Demokraten mehr für den Tierschutz einsetzen. Aber besonders für einheimische Arten. Vor allem müssten wir uns energisch gegen die Tierversuche wehren.

ren. Die sind ein absoluter Blödsinn und vollkommen unnötig! Trotz der Tierquälerei gibt es kein Mittel gegen Krebs und Aids.

Anita Nideröst, Zürich

Eine Schande

Es ist eine Schande, dass in der Schweiz Tiere immer noch als Sache bewertet werden. Deutschland hat schon vor Jahren diesen Status geändert. Kein einziges Lebewesen ist eine Sache. Eine Sache kann nie Leben haben. Es ist höchste Zeit, dass auch bei uns dieser Ausdruck «Sache» endlich verschwindet! Was sind das für Leute, die so wenig Achtung vor einem Tier haben? Es als Sache zu bezeichnen ist äusserst beschämend.

Wer z.B. Hunde hält, weiss, was für wundervolle Kameraden und wie intelligent die meisten sind. Kann man das von einer Sache sagen?

Anita Frey, Zollikerberg

Stadtrat Bern: Dringliche Interpellation Peter Bühler und Lydia Riesen (SD)

Förderung des Dialogs zwischen gewaltbereiten «linken» und «rechten» Jugendlichen

Die Ereignisse der vergangenen Wochen haben es in der Stadt Bern schmerzhaft an den Tag gebracht: «Linke» und «rechte» Jugendliche bekämpfen sich derzeit unerbittlich. Kaum ein Wochenende vergeht, an dem sich die verfeindeten Gruppen nicht unversöhnlich gegenüberstehen. Wenn die Polizei nicht rechtzeitig eingreifen kann, arten die Begegnungen meist in wilde Schlägereien aus. Dabei ist leider auch die Anwendung von Schlagstöcken und Tränengassprays an der Tagesordnung. Die Gewaltspirale dreht sich in der Bundesstadt immer schneller. Die oft blutjungen Jugendlichen unterscheiden sich vielfach nur durch ihr Äusseres. Die einen nennen sich «Patrioten» oder «Skinheads» und tragen sogenannte Piloten- oder Bomberjacken sowie Schnürstiefel mit weissen Schuhbändeln. Die anderen zählen sich zu den «Anarchos» oder nennen sich «AntifaschistInnen». Ihre Haare und Kleidung sind oft farbig und bunt. Auch sie tragen vielfach Schnürstiefel, jedoch mit roten Schuhbändeln. Tagespolitik ist meist sekundär. Einzig in der Ausländerpolitik scheiden sich die Geister. Wir bitten deshalb den Gemeinderat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie schätzt der Gemeinderat die derzeitige Lage im Zusammenhang mit den rivalisierenden Jugendlichen in der Stadt Bern ein?

2. Hat der Gemeinderat das Gefühl, dass es sich bei den Jugendlichen sowohl «rechts» wie «links» um ideologisch gefestigte Menschen handelt oder sind derzeitige Mode- und Trendercheinungen ebenfalls zu beobachten? Wenn ja, welche?

3. Wie will der Gemeinderat die «linke» und «rechte» Subkultur wieder in das Gesellschaftsgefüge integrieren?

4. Sieht die Stadtregierung Möglichkeiten, den Dialog zwischen Skins auf der einen und Punks und Antifas auf der anderen Seite zu fördern?

5. Im Vorfeld des «Antifaschistischen Abendspaziergangs» haben die Jugendverantwortlichen äusserst engagiert den Kontakt mit den rivalisierenden Jugendgruppen gesucht. Wird dieses De-Eskalationskonzept weitergeführt oder will man wieder zur Tagesordnung zurückkehren?

6. In welcher Form will die Stadtregierung künftig Gewaltprävention (auch im Allmend- und Wankdorfstadion) durchführen und welche Mittel und Konzepte sieht sie vor?

Begründung der Dringlichkeit: Auch die etablierte Politik und die Behörden dürfen nicht länger wegsehen, wenn sich unter jungen Menschen die Gewaltspirale immer schneller gegen oben dreht. Die Gewalt-Problematik muss dringend breit diskutiert werden.



World Economic Forum, Davos

Les hôtes de Davos sont tous déterminés à accélérer la libéralisation en faisant simplement un effort de communication pour surmonter les oppositions citoyennes. Ce changement de tactique cache une détermination conjointe d'obligations planifiées mondialistes pour contrer la puissance des mouvements d'opinion. Donc ne nous leurrions pas, cela n'indique que le passage d'un type de matraquage à un autre.

Après la répression policière organisée à Davos avec des gaz lacrymogènes et des balles en caoutchouc surtout contre José Bové venu protester accompagné de ses partisans au nom de la Confédération Paysanne Française, n'a fait que renforcer les oppositions à cette réunion des hommes les plus riches

et les plus puissants du monde. On constate aussi à travers un dialogue factice ne donnant qu'une toute petite place aux ONG ou à la représentante du commerce Max Havelaar, l'étouffement en douceur de ces protestataires assis sur des strapontins. Lors de ces colloques «marginiaux», les leaders économiques ont brillé par leur absence.

Par contre, Bill Clinton, arrogant sous son air débonnaire, expliqua pendant deux heures le code de conduite à tenir (sous entendu of course sous le contrôle des Etats Unis,) soit:

1. Le libre échange tu reconnaîtras, 2. Les importations tu chériras, 3. L'éducation tu encourageras, 4. Les richesses tu redistribueras, 5. La société civile tu écouteras, 6. L'OMC tu réformeras.

Chacun pourra interpréter à sa façon ces recommandations recourant toutes les exagérations possibles. Ce programme du millénaire ressemble fort dans ce décor alpin, aux productions hollywoodiennes qui emportent le téléspectateur au septième ciel pour mieux le précipiter au quatrième dessous.

N'oublions pas Madeleine Albright qui souligna en docte professeur, qu'une guerre diplomatique et financière allait être ouverte contre la Colombie, le Nigéria, l'Indonésie et l'Ukraine,» parce que ces pays peuvent jouer un rôle clé dans leur région et qu'ils se trouvent à un point critique de leur marche vers la démocratie». Elle a pointé du doigt le Japon, la Grande Bretagne et l'Italie qui rechignent à appliquer la récente convention de

l'OCDE contre la corruption. Le bonnet d'âne est revenu à la France où «il existe des projets de loi autorisant encore dans le futur le versement de pots de vin promis dans le passé.»

En guise de conclusion, je me demande si ces supermen de l'économie mondiale n'oublent pas le principal, l'urgence de solutionner les terribles problèmes qui les attendent, c'est-à-dire l'eau potable nécessaire à la survie de tout et de tous, les marées noires dévastatrices qui se renouvellent périodiquement, les sacs en plastiques polluant les Océans et tuant leurs hôtes aquatiques, et tant d'autres horreurs contre lesquelles on ne fait rien.

Mary Charlotte Meissner, Vernier

Dépôt des demandes de référendum contre les accords bilatéraux

Une douzaine de comités ont déposé à la Chancellerie fédérale les listes référendaires sur les accords bilatéraux conclus entre la Suisse et l'Union européenne.

Le référendum vise «l'arrêté fédéral portant approbation des accords sectoriels entre la Confédération suisse d'une part et, d'autre part, entre la Communauté européenne ainsi que, le cas échéant, ses Etats membres ou la Communauté européenne de l'énergie atomique.»

Selon les comités référendaires, la demande de référendum contre l'arrêté fédéral a obtenu 70'175 signatures. La Chancellerie fédérale a immédiatement procédé au contrôle des signatures déposées, pour que le Conseil fédéral dispose des résultats lors de sa séance du 16 février.

Le référendum ayant abouti, le Conseil Fédéral a donc décidé que la votation populaire aura lieu le 21 mai et qu'aucun autre objet ne sera soumis au vote à cette date. Il entend souligner ainsi l'importance qu'il accorde aux accords bilatéraux conclus avec l'UE.

Il souhaite aussi qu'intervienne, avant la votation populaire, un



Bernhard Hess, Giuliano Bignasca, Rudolf Keller, Flavio Maspoli.

débat constructif, libre de toute interférence, ce qui ne pourrait être le cas si d'autres objets étaient discutés au même moment.



Un peu de statistique

Sans commentaire car les chiffres parlent d'eux-mêmes voici où nous en sommes en ce début d'année.

300 personnes par jour, soit en moyenne 108'247 ont été refoulées l'an dernier aux frontières par les gardes frontières suisses. Les cas de passage de drogue ont augmenté de 50% passant de 1779 à 2806. En 1999 30'970 personnes ont été remises à la police pour vols, infractions et divers délits, soit une augmentation de 50% depuis 1996. Les falsifications d'identité, ont été de 5 par jour et les clandestins entrés illégalement ont été de 12'714, soit deux fois plus qu'en 1997. Le nombre des découvertes de stupéfiants dans des véhicules franchissant la frontière a massivement progressé l'an dernier: 143 kg d'héroïne, 58 kg de cocaïne, 32'000 doses d'extasy et 814 kg de khat.

Passons à l'armée qui a recruté quelques 29'000 jeunes hommes et femmes soit 1600 de plus qu'en 1998. Il y a aussi augmentation du nombre de personnes qui se sont intéressées au service civil.

Quelle mouche pique les Belges?



L'Union Européenne a-t-elle désigné la Belgique pour jouer le rôle de fusible dans deux affaires mineures par rapport aux immenses problèmes mondiaux qui affectent directement les populations: Pinochet et Haider.

Alors l'UE a mal choisi son fer de lance qui a tellement à balayer devant sa porte qu'il est risible de faire état de ses protestations, même ou surtout si elles sont téléguidées par quelques députés européens qui n'ont rien d'autre à faire que de se mêler de la cuisine de leurs associés. L'affaire Pinochet affecte-t-elle la vie des Européens ou même des Sudaméricains en général? Alors pourquoi la Belgique qui traîne des casseroles pédophiles à ses basques insiste-t-elle si lourdement dans ce conflit perdu d'avance? Et de quel droit la Belgique ose-t-elle enfreindre les Droits de l'Homme qui exigent la liberté démocratique des États, y compris les règles de l'Union Européenne qui affirment que chaque pays reste souverain chez soi, en menaçant l'Autriche? Est-ce une tactique à l'américaine qui déclenche une

ruée imbécile dans la presse internationale façon Clinton-Monica, ayant servi à cacher une forêt d'incompétences sur le plan politique et militaire? Donc la Belgique, par conséquent, cache d'autres turpitudes pires que celles déjà connues et bénéficie de cette stratégie?

Nous apprenons quotidiennement tellement d'infractions de toutes sortes dans tous les domaines et par tellement de personnalités de premier plan, que plus rien ne devrait nous émouvoir. Et pourtant je m'émeus au même titre que les Autrichiens, car nous avons le même problème en Suisse avec Blocher et je ne donne pas cher de nos libertés et de nos droits démocratiques si nous entrons un jour dans l'UE qui s'octroie un droit d'ingérence dans certains pays et certaines conditions. Pourquoi la France n'est-elle pas clouée au pilori puisque sur le plan communal il y a des députés lépénistes et au gouvernement des communistes? Pourquoi ces bons apôtres belges n'ont-ils pas réagi envers l'Italie dans l'affaire Bettino Craxi-Prodi? Je souhaite bon vent à l'Autriche et j'espère qu'elle ne se laissera pas influencer par des menaces ignobles et indignes d'une Europe en pleine ébullition, dirigée par des mécaniciens partiels sans boussole. Lorsqu'un crime se commet, la première question posée est de chercher le mobile. Donc cherchons le vrai mobile de cette levée soudaine de boucliers?

Charlotte Morel

En parcourant la presse

11^e révision de l'AVS

La 11^e révision de l'AVS pénalise-t-elle les citoyennes de ce pays afin de boucher partiellement le trou de 8 milliards de francs perdus par l'UBS qui a joué à la bourse l'argent des contribuables avec les produits dérivés, aux USA? Malgré les interventions diverses et les questions posées par des auditeurs et téléspectateurs, il n'y a eu aucune réponse, le silence étant obligatoire sur demande expresse du Conseil Fédéral.

Quotas féminins

Ce sujet est de nouveau à l'honneur. Avec l'atmosphère tendue qui règne au sein des milieux politiques, c'est une idée saugrenue qui souligne la nécessité d'oublier les capacités intellectuelles féminines et leurs désir de faire de la poli-

tique, au profit du nombre, même s'il est médiocre. A quand une mise en place de catégories pour les fous, les handicapés, les drogués ou les sidaiques?

Assurances maladie

L'AVIVO communique qu'on veut augmenter les cotisations des caisses maladie aux personnes âgées parce qu'elles coûtent davantage. «C'est une sorte de malus pour cause de vieillesse» (sic). A quand les mêmes propositions pour les buveurs, les fumeurs, les sportifs, qui eux aussi devraient avoir un malus?

2^e pilier

Les fonds du 2^e pilier appartiennent aux travailleurs. Pourquoi le peuple payeur n'est-il pas consulté avant les décisions de placer cet argent dans certaines constructions

ou autres pas toujours de bon rapport? Y a-t-il là des magouilles entre copains ou des lobbies travaillent-ils au sein de cette institution à la manière de Bruxelles? Aucun bilan détaillé n'est soumis au peuple, nos milliards se baladent librement. A quand une transparence légitime?

Pollueurs-payeurs

Beaucoup de nos politiciens se trémoussent à nouveau pour nous faire entrer à l'ONU. Les citoyens suisses qui n'ont pas de mer, donc pas de navires pétroliers, prennent tout de même fait et cause pour un environnement qui appartient à tous et les marées noires tuant faune et flore sont une calamité mondiale. L'ONU qui perd souvent la face dans les questions politiques et qui démontre son incapacité à gérer les conflits aussi destructeurs que la pollution de l'environnement, devrait s'occuper davantage d'édicter des conventions rendant obligatoire le contrôle systématique des tankers et des pipe-lines transportant du fuel. On devrait prévoir des amendes salées qui seraient infligées aux véritables propriétaires en cas de catastrophe. Ce serait la même éthique qui est appliquée par les assurances immeubles.

Les Etats devenus trop pauvres étant dans l'incapacité de prendre les mesures qui s'imposent, l'ONU internationale servirait au moins à quelque chose! A moins qu'elle montre son incompetence également dans ce domaine!

Le bétonnage fulgurant

Les médias, enfin, osent s'affoler de la vitesse fulgurante avec laquelle le sol arable de notre pays se couvre de béton, goudron ou ciment. 1 m/sec sur le sol helvétique et 3 m/sec dans le minuscule canton de Genève, petite grenouille qui veut devenir aussi grosse qu'un boeuf californien. Notre parti crie «au loup» depuis plus de vingt ans, mais les spéculateurs et leurs seïdes nous ont ri au nez. Ne nous étonnons pas de l'air de plus en plus irrespirable, des pollutions d'eau potable, des avalanches et autres inondations jusque dans nos montagnes. Tant que les responsables politiques qui se bousculent aux portillons ne sauront pas planifier la densité de la population ou des industries, il ne faudra pas s'étonner que la Suisse devienne un grand Tokyo.

Initiatives dormantes

Les syndicats interprofessionnels se plaignent car leurs initiatives dorment dans les tiroirs du Palais Fédéral depuis plus de 3 ans. Si Denner a lancé une initiative demandant que les initiatives passent devant le peuple dans le délai d'une année, il faut croire que la loi est mal faite et mal appliquée. Si les conseillers nationaux se récrient au

sujet des délais et du temps qu'il faut pour digérer (concocter) une proposition, ils viennent de démontrer qu'ils sont capables en cas de besoin de soumettre en votation le référendum des bilatérales dans les 4 mois. Les listes de signatures déposées le 4 février seront soumises en votation au peuple le 28 mai. Ah, ah!

Pauvres Autrichiens

Notre référendum contre les bilatérales tombe au bon moment. L'Autriche dérange l'UE. Donc,

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

Je désire m'abonner au «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

Organe officiel des
Démocrates Suisses **DS** 

Secrétariat central:
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 - 974 20 10
Fax 031 - 974 20 11
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch

Rédaction:
Démocrate Suisse
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 - 974 20 10
Fax 031 - 974 20 11
E-Mail:
sd-ds@bluewin.ch

nous, les populations montagnardes et citoyens de pays qui n'ont jamais eu de colonies, n'avons pas du tout la même mentalité que les quatorze étoiles jaunes. Si les pays de l'UE ont pu, depuis des siècles, occuper par la force tant de pays disséminés sur toute la planète, il n'est pas étonnant qu'ils veuillent aussi nous coloniser en imposant leurs oukases. Suisse, Autriche, même combat. Comme il ne s'agit nullement de nazisme, mais d'un populisme qui appelle un chat un chat, ne reculons pas devant des menaces antidémocratiques, car nous risquerions de devenir comme ces satellites sous contrôle totalitaire de sinistre mémoire. Si les étoiles jaunes nous traitent d'extrême droite, nous les traitons d'extrême gauche, et ils devraient se souvenir alors de l'écroulement de l'URSS.

Cimetières

A quand des cimetières chrétiens dans les pays de l'islam? Peut-être que des Américains sectaires réclameront bientôt des tombes tournées vers Washington... Ceci pour vous raconter que j'ai lu dans le Blick l'étrange histoire du sieur Hans Bangerter de Kreuzlingen qui avait demandé d'être enterré en costume-cravatte. La famille se lamente car le responsable du cimetière, Franz Kronenberg a re-

fusé cet arrangement et a enterré le cadavre revêtu seulement d'une chemise blanche et pieds nus. Il paraît que c'est la loi dans cette commune. Quand je pense qu'en Amérique, USA et Canada compris, les morts sont bichonnés, maquillés, souvent permanetés et ensuite habillés avec de magnifiques habits jusqu'aux chaussures assorties, puis exposés dans les Funerary Parlors, il y a de quoi se poser des questions.

Y aurait-il une question d'argent là-dessous et le pauvre diable de Kreuzlingen n'avait probablement jamais porté de tels habits et si c'était un économiquement faible, les services d'entre aide n'allaient pas lui fournir un smoking! En Amérique, les enterrements coûtent cher, jusqu'à 7000 \$ si le cercueil est en acajou. Il y a en plus la préparation du mort. On vide ses artères avec un trocard pour y injecter du plastic afin que le corps habillé puisse résister une semaine dans une position assise au milieu d'un salon loué dans des villas spécialement construites pour ça. Il y a une cuisine pour 5 ou 6 chambres funéraires et les visiteurs peuvent se préparer du café et manger des petits fours en compagnie de leur cadavre. J'ai entendu un veuf s'exclamer: «Elle est plus belle qu'avant!» On arrête pas la connerie.

Mary Meissner

ception par une grande partie des chrétiens de l'avortement, du divorce, des préservatifs et du concubinage des prêtres, contribuent fortement à destabiliser le sacerdoce dogmatique des représentants de l'église jeunes ou vieux.

Certains philosophes brandissent l'inquisition espagnole, la traite américaine des noirs et la colonisation européenne de tant de continents pour clouer au pilori ceux qui défendent le bien fondé de la doctrine chrétienne. Tout est mis en oeuvre officiellement chez nous (est-ce un mea culpa?) pour faciliter l'intégration des musulmans et des juifs, sans que jamais nos auto-

rités ne demandent un contrat de réciprocité aux rabbins ou aux imams, sinon aux nations dont sont issus ces nouveaux immigrants auréolés d'autres croyances et d'autres coutumes. Pour moi, le Pape n'a qu'un seul mérite: celui d'avoir poussé à la destruction du communisme surtout pour les pays satellisés. Réussira-t-il à apporter la vierge, de Cestochowa à Moscou ou St. Pétersbourg? Le communisme qui n'est pas vraiment mort, finira-t-il par disparaître grâce à ce miracle? Et cela influencera-t-il enfin un renouveau de vraie foi?

Maria de Seimners, Genève

A Adolf Ogi, Président de la Confédération

et chef de notre armée suisse, Berne – Palais fédéral

Le 8 février 2000

Monsieur le Président,

Votre nom ayant été cité en relation avec la rencontre internationale de cent aumôniers militaires qui vont discuter du droit d'ingérence à la suite de l'affaire autrichienne, je me permets d'attirer votre attention sur ces discussions qui se veulent internationales qui sont déjà tronquées à cause de l'absence des aumôniers militaires bouddhistes et hindouistes. L'ingérence serait-elle un principe partial appliqué aux seuls monothéistes?

Y aurait-il déviance et retour aux vieux démons, ceux qui ont mis au ban de la société bien pensante de l'époque, les Allemands? On enseignait aux enfants dans les écoles françaises la haine des Teutons, ce qui conduisit à l'horrible guerre des tranchées de 14-18. Je suis né moi-même en 1918 près de Verdun, et je sais de quoi je parle. D'inciter à haïr les Autrichiens populistes est une ingérence dangereuse qui peut faire exploser les semences revanchardes, comme ce fut le cas du cauchemar nazi qui a duré 12 ans. Cette Europe qui se veut pacifiste, dont aujourd'hui 14 pays soutenus par les États Unis sont tous d'anciens colonisateurs, ont gardé la mentalité coloniale, aussi agressive et sanglante que leur mentor américain. Le seul pays avec la Suisse qui n'a pas eu de colonie, c'est l'Autriche.

En revanche cette même Europe plus les États Unis gardent un silence assourdissant, compact et pesant comme une chape de plomb sur les actes terrifiants du communisme qui assassina dans le monde entier plus de 100 millions d'hommes, de femmes et d'enfants pendant 70 ans, et qui continue à se taire devant les horreurs tchécoslovaques, bosniaques ou ukrainiennes, car

soyons réalistes, le communisme n'est pas mort. Il venait même en France avec les communistes au gouvernement d'un pays qui est juge et partie.

Ces quatorze étoiles jaunes de l'Union européenne brandissent à tout instant les Droits de l'homme, et le politiquement correct, sous le drapeau de la démocratie qui enseigne sans rire, le libre arbitre des nations, la notion de non ingérence dans les affaires intérieures de chacun et la liberté d'expression selon l'article 19 des Droits de l'Homme. Or l'ingérence en Autriche, après le Kosovo qui fut et reste un fiasco monumental (ne parlons pas de la guerre du Golfe qui continue à faire des victimes même dans les rangs des attaquants,) démontre la duplicité et le mensonge sur lesquels sont basées la sacro-sainte pensée unique de Maastricht et les valeurs humanitaires universelles parfaitement inexistantes.

Ces aumôniers militaires hommes de dieu et qui doivent montrer l'exemple, sont téléguidés par le commandant américain juif de l'OTAN, ce qui promet une partialité certaine soutenue par les nouvelles lois de la shoah, donc a priori condamnant un parti autrichien accusé d'être à l'avance, un ennemi à abattre.

J'espère, Monsieur le Président, que vous ne vous laisserez pas entraîner dans cette mascarade ressemblant à une mise en scène sur un plancher du théâtre mondial. Les Autrichiens sont nos frères montagnards de l'Arc alpin, nous sentons et pensons de la même manière, soutenons les dans la voie d'une véritable démocratie et continuons à montrer l'exemple.

Avec tous mes respects et mes salutations patriotiques,

Mary Meissner, Vernier



Démocrate Suisse

Au Courrier des-lecteurs du Courrier

Le 29. 1. 2000

Question de religion

Dans votre numéro de ce jour, vous consacrez une page entière aux remous dans l'église catholique. Etant devenue au cours des ans une catholique non pratiquante, j'ai toujours beaucoup de peine à comprendre ce mélange de dogmes, de croyances et de compromis qui apparaît de plus en plus à travers un drôle d'oecuménisme, qui fait l'amalgame de tant d'antinomies. En effet, les prêtres d'aujourd'hui ont de la peine à accepter les consignes vaticanes et cela se comprend lorsqu'on voit le Pape embrasser le Coran ou demander pardon aux juifs. Ceci est d'autant plus étonnant que la réciprocité n'existe pas, les islamistes nous traitant de mécréants et voulant leurs propres

cimetières pour ne pas être contaminés même dans la mort, et exigeant des mosquées qui se dressent à côté de nos cathédrales. Chez eux les chrétiens n'ont aucun droit, surtout pas celui de construire une église ou de porter une croix comme pendentif. Quant à l'attitude des juifs, elle est plus tordue et machiavélique, vu qu'ils infiltrèrent beaucoup d'associations humanitaires qui poussent les croyants et les infidèles, les races européennes surtout, à s'incliner devant leurs revendications religieuses et populaires à travers des articles de lois figurant maintenant dans toutes les législations et procédant vis-à-vis des Palestiniens et Libanais selon la formule honnie, officiellement appelée nazisme.

Tendre la joue gauche si l'on est giflé sur la droite ne convient plus aux catholiques contemporains et l'ac-

**Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:
*Rudolf Keller, SD-Zentral-
präsident, Frenkendorf*
*Dr. Jean-Jacques Hegg,
Dübendorf (Leben und Umwelt)*
*Bernhard Hess, Nationalrat,
SD-Zentralsekretär, Bern (CR)*
*Dr. Dragan J. Najman, Grossrat,
Einwohnerat, Baden*
*Willy Schmidhauser, Präsident
SD Thurgau, Dettighofen*
Hans Steffen, Fischenthal

Resolution: EU-Einmischung in Österreich:

Jetzt erst recht ein Nein zu den bilateralen Verträgen Schweiz-EU!

Die Ereignisse in Österreich zeigen deutlich, dass die EU in ihrer heutigen Form nicht bereit ist, die demokratische Souveränität ihrer Mitgliedsländer zu respektieren. In Zukunft soll es in Europa nur noch nationale Regierungen von Brüssels Gnaden geben. Dient die aktuelle Einschüchterungskampagne dazu, den nach Regierungsmacht strebenden politischen Eliten in allen europäischen Ländern den Tarif zu weisen?

Mit der Einmischung in die Regierungsbildung in Österreich beweist die EU, dass sie nicht bereit ist, Kurs auf Demokratie und Föderalismus zu nehmen. Bis heute fehlen der EU alle wesentlichen Merkmale bürgerlicher Demokratie: Gewaltenteilung, Gesetzgebung in einem öffentlich kontrollierbaren Parlament durch das Volk gewählte Behörden.

Eine Organisation, welche die europäischen Demokratien durch eine neofeudale Struktur ersetzen will, die völkerrechtswidrig Offensivkriege führt und militärisch

aufrüstet, hat keine Legitimation, sich als Hüter demokratischer und antifaschistischer Ideale aufzuspielen.

Die Strafandrohung der Grossmacht EU gegen das kleine neutrale Land Österreich lässt erahnen, wie die EU in Zukunft mit neutralen Kleinstaaten wie der Schweiz umzugehen gedenkt. Wenn schon die repräsentative Demokratie dieser «kleinen neutralen Zwerge» dermassen verächtlich behandelt wird, wie werden da erst die schweizerischen Volksrechte unter die Räder kommen!

Vor diesem Hintergrund erhält das Zustandekommen des Referendums gegen die Bilateralen Verträge für unser Land eine herausragende Bedeutung. Das Gesamtpaket der 7 Verträge ist zum Nachteil der Schweiz. Es widerspiegelt ebenso wie die EU-Einmischung in Wien das David-Goliath-Verhältnis. Ein JA zu diesen Verträgen käme in der heutigen Situation einer Unterwer-

fungs-Geste gleich, was die Unverfrorenheit der eingeschlagenen EU-Grossmachtspolitik noch verschärfen würde. Es ist damit zu rechnen, dass ein JA zu den Bilateralen einen rasanten EU-Beitritt innert kürzester Zeit nach sich ziehen könnte. Darauf zu hoffen, dass mit einem JA zu den Verträgen ein Beitritt auf Jahre hinausgeschoben werden kann, wäre trügerisch. Nur ein klares NEIN bei der Referendumsabstimmung am 21. Mai 2000 wird den EU-Beitritt für die nächsten Jahre verhindern können!

Die bei der Einreichung des Referendums gegen die bilateralen Verträge anwesenden Komitees rufen daher alle EU-Beitrittsgegner der Schweiz auf, die Reihen zu schliessen und sich am Abstimmungskampf für ein NEIN gegen die bilateralen Verträge zu beteiligen.

*für die Schweizer Demokraten
(SD) sig. Rudolf Keller,
Hans Steffen, Bernhard Hess*

**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
 Nur Zeitungsabonnement
 Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

SD-Prottest gegen erneute Umgehung des Asylverfahrens

Die Schweizer Demokraten protestieren in aller Schärfe gegen Pläne der Berner Regierung, die anscheinend von Bundesrätin Metzler begrüsst werden. Danach sollen Asylbewerber, die schon länger als 5 Jahre auf den Abschluss ihrer Asylgesuche warten, eine dauernde Aufenthaltserlaubnis in der Schweiz erhalten. Dieses üble Spiel hat alt Bundesrat Koller bereits mehrmals betrieben. Auch damals bewilligte Bunderat Koller «die einmalige Aufnahme von Asylbewerbern, die schon mehr als 5 Jahre in der Schweiz wohnen». Diese «Einmaligkeit» wurde dann aber noch zweimal wiederholt! Die Begründung damals wie heute lautete, «nach 5 Jahren in der Schweiz sei eine Rückschaffung nicht zumutbar, da die Leute schon so gut integriert seien!» Eine solche Behauptung ist lächerlich.

Die SD erachten solche Massnahmen für äusserst gefährlich. Ers-

tens werden damit diejenigen Asylanten, die die Bearbeitung ihrer Gesuche durch Verschweigen ihrer Identität erschweren oder durch immer neue Rekurse und Beschwerden (auf Kosten der Steuerzahler) mutwillig verlängern, belohnt. Und zweitens – noch schlimmer – solche «humanitären» Massnahmen sind ja geradezu eine Aufmunterung an alle anderen Asylanten, ihre Verfahren möglichst lange hinaus zu zögern, da sie ja dann ebenfalls mit einer Aufenthaltserlaubnis rechnen können.

Die SD verlangen energisch, dass Bundesrätin Metzler die Erteilung solcher Sonderbewilligungen nicht erlaubt, sonst verliert sie ihre Glaubwürdigkeit und setzt den Goodwill, den sie vorläufig in der Bevölkerung genießt, aufs Spiel.

*Dr. Dragan Najman, Grossrat,
Baden, Pressechef SD Schweiz*

Eidg. Abstimmung 12. März 2000:

Nein zur undemokratisch-feministischen Frauenquoten-Initiative!

SD auf Internet – täglich aktuell!

**www.schweizer-
demokraten.ch**

Steuererklärungen

Formular ausgefüllt ab Fr. 95.–
AHV-Bezüger(innen) ab Fr. 65.–

Sie können uns Ihre Unterlagen auch per Post zustellen.

Buchhaltungen/Abschluss

je nach Grösse, schon ab Fr. 90.–/mtl.

Betriebsberatung + Treuhand

Friedrich Auf der Maur
Stationsstrasse 12, 8604 Hegnau
Tel. (01) 946 00 51, Fax (01) 946 00 52